

ARGUMENTE

Eine Entgegnung auf ein
Schulungsmaterial der NPD

**FÜR KANDIDATEN
UND FUNKTIONSTRÄGER
DEMOKRATISCHER
PARTEIEN UND
WÄHLERVEREINIGUNGEN**

2008

INHALT

- 3 Vorwort
- 4 Kurze Geschichte der NPD
- 7 Öffentliches Auftreten und Diskursstrategie der NPD
- 11 Die Sprache der NPD
- 13 Entgegnungen auf die NPD-Handreichung
 - 1. Das „Ausländerthema“
 - 2. Wirtschafts- und Sozialpolitik
 - 3. Allgemeine Fragen zur NPD
- 49 Serviceteil

VORWORT

Im Frühsommer 2006 hat das „Amt für Öffentlichkeitsarbeit“ beim Parteivorstand der NPD eine Handreichung für seine Kandidaten und Funktionsträger herausgegeben. Diese soll – so schreibt der NPD-Parteivorsitzende Udo Voigt im Vorwort – „Anregungen geben, auf politische Vorhaltungen des Gegners richtig zu reagieren“. Auf knapp dreißig Seiten hat die NPD in dieser Ausarbeitung Themen aufgegriffen, mit denen sie sich in der politischen Auseinandersetzung immer wieder konfrontiert sieht, so etwa die Frage, ob die Politik der NPD dem Tourismus schade, oder der Vorwurf, sie sei eine antisemitische und ausländerfeindliche Partei.

Zu insgesamt zweiunddreißig solchen Fragen hat das NPD-Amt für Öffentlichkeitsarbeit Antwortvarianten zusammengestellt. Diese sind jedoch nur im eingeschränkten Sinne als *Reaktion* auf demokratische Kritik am extrem rechten Charakter der NPD und an negativen Folgen ihrer Politik für die Gesellschaft in Deutschland zu verstehen. Die Bereitstellung einer solchen Broschüre ist vielmehr Teil des Versuchs der NPD, sich mit ihrer Politik *offensiv* in den gesellschaftlichen und politischen Diskurs einzubringen. Entsprechend ruft der NPD-Parteivorsitzende dazu auf: „Besuchen wir daher im Sinne der Wortergreifungsstrategie die Veranstaltungen des politischen Gegners. (...) sobald er eine öffentliche Veranstaltung macht, müssen Nationaldemokraten vor Ort sein.“ Mit den in der Handreichung angebotenen Argumentationsmustern sollen also NPD-Aktivisten und -Aktivistinnen in die Lage versetzt werden, Veranstaltungen demokratischer Parteien als Propagandaplattform für die eigene Politik zu nutzen. Die Textvorlage ist nicht konsistent, teilweise unter *Zeitdruck* zusammengestellt und in vielen Punkten aus Textsplintern kompiliert, die bereits zuvor in der Parteizeitung *Deutsche Stimme* oder anderen NPD-Publikationen veröffentlicht worden sind. Zum Teil befinden sich die Aussagen der Argumentationshilfe auch im offenen oder impliziten Widerspruch zum geltenden Parteiprogramm vom Dezember 1996 bzw. zu anderen programmatischen Texten der NPD.

Die vom NPD-Parteivorstand autorisierte Schrift zeigt an zahlreichen Stellen deutlich den rechtsextremen Charakter der NPD; daher stehen in dieser Entgegnung weniger eine entsprechende Beweisführung im Vordergrund als vielmehr eine Aufklärung über die Struktur der NPD-Argumentation und die in ihr bereits vorausgesetzten Annahmen. Aufgrund der zahlreichen Wiederholungen, die in dem Text der NPD enthalten sind, schien es nicht sinnvoll, den jeweiligen Textvorgaben der NPD auch jeweils eine Erwiderung zuzuordnen. Gleichwohl sind die zentralen Grundannahmen, Themen – aber auch manche Auslassung der NPD – aufgenommen und durch Fakten und Argumentationen aus demokratischer Perspektive infrage gestellt.

Die vorliegende Argumentationshilfe ist bewusst überschaubar gehalten, um eine rasche Orientierung zu ermöglichen. Sie ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für das Zurückdrängen der NPD und extrem rechter Einstellungen; zur weiteren Vertiefung und aktiven Aneignung bietet das Heft eine Materialübersicht an. Die Herausgeber freuen sich über Rückmeldungen, um die Argumentationshilfe weiter entwickeln zu können.

KURZE GESCHICHTE DER NPD

Im November 1964 wurde die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* (NPD) in Hannover als Sammlungspartei nationalkonservativer und nationalsozialistischer Kräfte gegründet. Gestützt auf Strukturen und Personal zahlreicher Organisationen der extremen Rechten, wie z.B. der *Deutschen Reichspartei*, der *Deutschen Partei* oder der *Gesamtdeutschen Partei*, entfaltete sie in vielen Teilen der damaligen Bundesrepublik rasch rege Propagandatätigkeiten. Bei den Landtagswahlen der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre gelang ihr der Einzug in sieben Landtage; die NPD konnte in dieser Zeit auf 61 Abgeordnete in den Landtagen und mehrere Hundert in den Kommunalvertretungen bauen. In den Jahren 1966 bis 1968 stieg die Zahl der NPD-Mitglieder auf etwa 30.000 an; der Anteil derjenigen, die vor 1945 der NSDAP angehört oder leitende Positionen im NS-Regime eingenommen hatten, war insbesondere an der Parteispitze und im Funktionärskörper beträchtlich.

Zwar konnte die NPD mit ihrem autoritär-nationalistischen Profil und der Relativierung oder gar Leugnung der NS-Verbrechen sowohl die „Ewiggestrigen“ als auch von ökonomischer Krise und gesellschaftlichem Strukturwandel verunsicherte Mittelstandsangehörige und Arbeiter ansprechen – doch der von vielen Beobachtern und auch der Partei selbst erwartete Einzug in den Bundestag gelang ihr 1969 nicht. Sie erhielt nach einem turbulenten Wahlkampf, in dem das gewalttätige Auftreten von NPD’lern und ein mögliches Verbot der Partei immer wieder für Schlagzeilen sorgten, 4,3 % der Stimmen.

Der ausbleibende Erfolg bei den Bundestagswahlen trug maßgeblich zum folgenden Niedergang der NPD und zur Ausdifferenzierung des extrem rechten Spektrums bei. Während die NPD mit der Initiierung der *Aktion Widerstand* 1970 noch einmal versuchte, alle Gegner der Entspannungspolitik zu einen, bildete sich mit der *Deutschen Volksunion* (DVU) von Gerhard Frey 1971 eine weitere Sammlungsbewegung, die jedoch erst in den späten 1980er-Jahren an Wahlen teilnahm. Daneben traten vermehrt sogenannte Wehrsportgruppen auf, bei denen paramilitärisches Training

im Vordergrund stand. Und während ein Teil der extremen Rechten nach einer Modernisierung der weltanschaulichen Verortung suchte, gründete ein anderer Organisationen und Parteien, die sich offen zum historischen Nationalsozialismus bekannten und beispielsweise die Wiederzulassung der NSDAP forderten. Nicht selten waren daran auch (frühere) NPD-Mitglieder beteiligt, was die Parteispitze zu Abgrenzungsbeschlüssen veranlasste.

Sieht man von einigen wenigen lokalen Sonderfällen ab, war die NPD bei den Wahlen zu einer echten Splitterpartei geworden; selbst die 0,2 % bzw. 0,6 % der Stimmen bei den Bundestagswahlen 1983 und 1987 sowie die 0,8 % bei der Wahl zum Europäischen Parlament 1984 wurden von der NPD als Trendwende gefeiert. Waren diese Ergebnisse mit der Auszahlung von Wahlkampfkostenerstattung in Höhe von über 3 Millionen Mark verbunden, so waren bei den Wahlen in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre jedoch die 1983 von ehemaligen CSU-Mitgliedern gegründeten *Republikaner* deutlich erfolgreicher als die NPD. Als diese 1990 bei der Bundestagswahl mit 0,3 % zudem miserabel abschnitt, obwohl man sich als *die* gesamtdeutsche Partei angesehen und daher nach der Vereinigung auf besonderen Zuspruch seitens der WählerInnen gehofft hatte, beteiligten sich zahlreiche führende NPD-Mitglieder an der Gründung einer weiteren extrem rechten Partei, der *Deutschen Liga für Volk und Heimat*. Diese konnte zunächst eine gewisse Attraktivität erzielen und verfügte durch den Übertritt ehemaliger DVU-Parlamentarier zeitweise sogar über Landtagsabgeordnete. Ende der 1990er-Jahre war jedoch auch sie in die Bedeutungslosigkeit zurückgefallen.

Mit der Wahl Günter Deckerts zum NPD-Parteivorsitzenden im Juni 1991 begann der Öffnungskurs gegenüber militanten Neonazis, der die Partei bis heute nachhaltig prägt. Deckert selbst sah sich in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre mit mehreren Verurteilungen wegen der Leugnung des Holocaust und wegen Volksverhetzung konfrontiert. Zwar wurde er im Juni 1995 beim Bundesparteitag noch einmal im Amt bestätigt, das Parteipräsidium enthob ihn jedoch kurz darauf seiner Position. Als sein Nachfolger amtierte bis heute der ehemalige Bundeswehr-Offizier Udo Voigt. Er öffnete die Partei noch weiter für Neonazis, die in Folge mehrerer Organisationsverbote in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre nach einem neuen organisatorischen und politischen Rahmen für ihre Betätigung suchen. Zu der von Voigt eingeschlagenen Entwicklung gehören auch die Professionalisierung der Parteimedien, die Integration jugendkultureller Elemente in die Parteiarbeit (RechtsRock) sowie die Ausweitung des Aktionsrepertoires insbesondere um Aufmärsche. So gelang es der NPD am 1. März 1997 in München, über 5.000 rechts-extrem eingestellte Marschierer für eine Demonstration zu gewinnen.

Neben öffentlichen Aktionen vergleichbarer Größe schenkte die NPD der lokalen Verankerung in Teilen Ostdeutschlands besondere Beachtung. Mit dem *Nationalen Bündnis Dresden* wurde seitens der NPD erstmals der Versuch unternommen, auf

kommunaler Ebene im Rahmen eines Bündnisses verschiedener rechtsextremer Organisationen zu Wahlerfolgen zu kommen. Ostdeutschland wurde nicht zuletzt als Schwerpunkt gewählt, weil in der Weltanschauung der extremen Rechten die DDR aufgrund der dort nicht stattgefundenen ‚Amerikanisierung‘ und manch positiver Bezüge auf das Preußentum das ‚deutschere‘ Deutschland gewesen sei. Das Scheitern des Anfang 2001 von Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung mit sich ergänzenden Anträgen eingeleiteten Verbotsverfahrens durch den Beschluss der Richter des Bundesverfassungsgerichts vom 18. März 2003 wurde in der extremen Rechten als Erweiterung des politischen Handlungsspielraumes interpretiert.

Seit der Jahrhundertwende ist die NPD so immer mehr zum organisatorischen Zentrum der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland geworden; dies manifestiert sich in Wahlerfolgen, der Sogwirkung auf Mitglieder und Funktionäre der *Republikaner*, weiterer extrem rechter Kleinparteien und in der Rückkehr bzw. Wiederaufnahme ehemals aus der NPD ausgetretener bzw. ausgeschlossener Aktivisten sowie in den formalisierten Absprachen mit der DVU einerseits („Deutschland-Pakt“) und bedeutenden Teilen der nicht parteiförmig organisierten neonazistischen Bewegung andererseits („Volksfront von rechts“).

Mit zwei Erklärungen verkündeten NPD und Vertreter der nicht parteigebundenen neonazistischen *Freien Nationalisten* am 18./19. September 2004 ihre Absicht, die bestehenden Konflikte beizulegen und zu einer weitgehenden Form der Kooperation zu kommen. Nach dem Einzug der NPD in den Landtag des Freistaates Sachsen und – zeitgleich – der DVU in den Landtag Brandenburgs verständigten sich die beiden Parteispitzen in einer im Februar 2005 unterzeichneten Vereinbarung („Deutschland-Pakt“) darauf, bei den Bundes- und Landtagswahlen bis Ende 2009 nicht konkurrierend anzutreten. Auf den Listen der einen Partei sollen zudem jeweils auch Kandidaten der anderen Partei antreten. Die Hoffnung der extremen Rechten, mit diesen Absprachen werde auch der Einzug in die Parlamente der westlichen Bundesländer wahrscheinlicher, hat sich bisher nicht erfüllt: In Bremen und Hamburg blieb die DVU – ähnlich wie die NPD Anfang 2008 in Niedersachsen und Hessen – weit hinter den eigenen Erwartungen zurück.

Der Einzug der NPD in die Landtage in Dresden und Schwerin hat der rechtsextremen Partei zahlreiche neue Möglichkeiten eröffnet, so insbesondere den Zugang zu Informationen, finanzielle Ressourcen in Millionenhöhe und zahlreiche Stellen. Auch wenn damit in den eigenen Reihen Begehrlichkeiten geweckt und neue Konfliktfelder eröffnet werden, so ermöglichen diese Ressourcen doch den Aufbau von Strukturen sowie die Entwicklung politischer Initiativen und Aktivitäten, zu denen die NPD ohne diese Mandate nicht in der Lage wäre. Da der „Deutschland-Pakt“ bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Thüringen die Kandidatur der DVU vorsieht, konzentriert sich die Partei auf die Stärkung der kommunalen Verankerung in beiden Bundesländern.

Das Auftreten der NPD ist von der Zielsetzung bestimmt, für die nächste Bundestagswahl eine möglichst aussichtsreiche Ausgangsposition zu erlangen. Hierzu bedarf es unter organisatorischen Gesichtspunkten der Stabilisierung bzw. der Vergrößerung des Aktivistenkreises in der/um die NPD, der finanziellen Konsolidierung bzw. der Erschließung neuer Finanzquellen und der Einhaltung der Absprachen mit der DVU und den *Freien Nationalisten*. Mit einer Kombination aus außerparlamentarischen und parlamentarischen Aktivitäten, bei denen die Arbeit der NPD-Landtagsfraktionen als ‚Vorzeigeobjekt‘ dienen soll, zielt die NPD auf eine stärkere kommunale (parlamentarische) Verankerung als Voraussetzung für den Zugewinn an Einfluss in Landtagen und im Bundestag. Wie aus zahlreichen Beiträgen auf NPD-Versammlungen, in der Parteizeitung *Deutsche Stimme* sowie der thematischen Gewichtung in der NPD-Handreichung deutlich wird, steht die völkische und nationalistische ‚Bearbeitung‘ sozialer Problemlagen auch in den nächsten Jahren im Mittelpunkt der Parteitätigkeit. Angesichts des personellen Zulaufs, der Wahlerfolge in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern und des (vor-erst) gescheiterten NPD-Verbotsverfahrens wird die NPD ebenso in nächster Zeit offensiv und selbstbewusst auftreten und in diesem Rahmen auch die (politische) Konfrontation mit demokratischen Akteuren und Kräften suchen.

ÖFFENTLICHES AUFTRETEN UND DISKURSTRATEGIE DER NPD

Als kleine Partei, die nicht überall über handlungsfähige Strukturen und vorzeigbares Personal verfügt, steht die NPD vor dem Problem, sich in der öffentlichen Diskussion Gehör zu verschaffen und wahrgenommen zu werden. Mit den ihr zur Verfügung stehenden – im Vergleich zu den im Bundestag vertretenen Parteien – geringen Mitteln verfolgt sie mehrere Ziele: Sie will

- sich als Akteur im politischen Feld bekannt machen;
- ihre politischen Ansichten wahrnehmbar machen;
- ihren Interpretationen Plausibilität verleihen;
- sowohl den häufig neonazistisch geprägten Aktivistenstamm als auch breitere Wählerschichten ansprechen und binden;
- bei Wahlen zur Abgabe der Stimme(n) für die NPD motivieren.

Zum Auftreten der NPD in der Öffentlichkeit und zum propagandistischen Repertoire der NPD gehören angesichts dieser Zielsetzungen verschiedene Elemente, die jedoch fein austariert werden müssen, um nicht gewisse Zielgruppen zu bevorzugen, andere dafür aber zu verschrecken. So wurde etwa in der Vergangenheit in den Reihen der NPD kontrovers diskutiert, ob Aufmärsche angesichts der damit gelegentlich einhergehenden Schlagzeilen über gewalttätige Auseinandersetzungen ein geeignetes Mittel sind, um im Vorfeld von Wahlen Zustimmung über den ohnehin bereits existierenden Kreis von Anhängerinnen und Anhängern hinaus anzusprechen.

Ein bedeutsames Element der ‚Öffentlichkeitsarbeit‘ der NPD ist die kalkulierte Inszenierung von politischen Skandalen, um mediale Präsenz zu erreichen und um sich gegenüber der Mitgliedschaft und dem sympathisierendem Umfeld als eine – auch im Parlament –,kompromisslose Kraft‘ zu inszenieren. So bezeichnete der NPD-Fraktionschef im Sächsischen Landtag, Holger Apfel, im Januar 2005 die Alliierten als Massenmörder und nannte die Bombenangriffe auf Dresden vom Februar 1945 einen ‚Bomben-Holocaust‘. Zuvor hatten die NPD-Abgeordneten den Opfern des Nationalsozialismus demonstrativ das Gedenken verweigert: Als sich die Mitglieder des Landtages zu einer Schweigeminute erhoben, verließ die NPD-Fraktion den Parlamentssaal.

Wollte die NPD mit ihrem in den Medien breit beachteten Auftritt in diesem Fall kurz nach ihrem Einzug in den Landtag auch der Neonazi-Szene zeigen, dass sie diesen ohne taktische Zugeständnisse an parlamentarische Gepflogenheiten als Tribüne für ihre geschichtsrevisionistische Propaganda zu nutzen gedenkt, so kann sie ihre Diskursstrategie nicht vollständig auf solche Skandale abstützen. Denn diese nutzen sich einerseits ab und würden daher einer Steigerung bedürfen, um ein vergleichbares mediales Echo hervorzurufen; andererseits haben solche geschichtsrevisionistischen Auftritte für einen relevanten Teil des NPD-Wählerklientels nur untergeordnete Bedeutung.

So verfolgt die NPD eine Doppelstrategie: In ihren Publikationen und in ihren Versammlungen wird gegen das verhasste ‚liberalistische System‘ zu den (politischen) Waffen gerufen und die Ehre verurteilter NS-Kriegsverbrecher beschworen. In Wahlkampfzeitungen und in Flugschriften, die zur breiteren Verteilung gedacht sind, gibt man sich bürgernah. Aktuelle gesellschaftliche Problemlagen und Diskussionen – von der Arbeitslosigkeit, den Veränderungen der sozialen Sicherungssysteme und Plänen zur Kreisgebietsreform über die Einsätze der Bundeswehr bis hin zur drohenden Schließung von Schulen in ländlichen Räumen und der Einrichtung von Studiengebühren – werden von der NPD aufgegriffen und mit Grundelementen rechtsextremer Weltanschauung (völkischer Nationalismus; Sozialdarwinismus; Antisemitismus) verknüpft. Häufig bezieht sich die NPD dabei auf Fakten und Zahlen, die von demokratischen Akteuren erarbeitet wurden, weil sie selbst weder die Möglichkeit zur Erarbeitung entsprechender Studien hat

und weil sie sich von der Bezugnahme auf Stellungnahmen und Äußerungen demokratischer Akteure einen Zugewinn an Respektabilität verspricht. Die zutreffende Beschreibung einer politischen Entwicklung oder die Benennung eines gesellschaftlichen Problems ist jedoch regelmäßig keine originäre Leistung der NPD.

Im Spektrum der politischen Aktionsformen, welche von der Inszenierung politischer Skandale über Mahnwachen und Aufmärsche bis hin zur Androhung und Ausübung von Gewalt gegenüber politischen Gegnern reichen, hat das Konzept der ‚Wortergreifung‘ mit dem gewachsenen Selbstbewusstsein der NPD an Bedeutung gewonnen. Unter diesem Konzept sind das Aufsuchen von öffentlichen (Wahlkampf-)Veranstaltungen demokratischer Parteien oder Organisationen und eine aktive Beteiligung an ihnen durch Wortmeldungen zu verstehen. Diese Taktik der öffentlichkeitswirksamen und auf Konfrontation zielenden Darstellung extrem rechter politischer Standpunkte wurde in der Parteizeitung *Deutsche Stimme* wiederholt vorgestellt. So mahnte der NPD-Parteivorsitzende Voigt, die „Maßnahmen der Wortergreifung sollten mit mehreren Kameradinnen oder Kameraden zusammen organisiert werden“, und besonders solche Versammlungen kämen in Frage, wo „wir mit unserer Haltung zum Thema polarisierend eingreifen können“. Für eine erfolgreiche Anwendung dieser Taktik, zu deren Bestandteilen Voigt auch Störungen des Vortragenden durch „Zwischenrufe und Unmutsbekundungen“ zählt, soll die NPD-Handreichung einen Beitrag leisten.

Diese gliedert sich in drei Kapitel mit jeweils elf, sieben bzw. vierzehn Abschnitten. Die thematische Profilierung der Kapitel gibt bereits einen deutlichen Hinweis auf die aktuellen Agitationsschwerpunkte der NPD: Während Fragen von Migration, Staatsbürgerschaft und Multikulturalität bzw. Problemen der Wirtschafts- und Sozialpolitik jeweils ein ganzes Kapitel gewidmet ist, finden sich im dritten Kapitel so unterschiedliche Themen wie das Verhältnis der NPD zur Gewalt oder zur Waffen-SS. Zahlreiche der in diesem Kapitel aufgeführten Themen werden von der NPD in Wahlkämpfen (oder allgemein: in der auf eine breite Öffentlichkeit zielenden Propaganda) nur randständig berücksichtigt, spielen jedoch für das Selbstverständnis und die Weltanschauung der NPD eine maßgebliche Rolle. Während also die beiden ersten Kapitel eher Themen und Argumentationsfiguren vorstellen, mit denen die NPD von sich aus offensiv im Rahmen der Taktik der ‚Wortergreifung‘ auftritt, sind im dritten Kapitel Themen versammelt, bei denen sich die NPD zwar gegenüber ihrem engsten Klientel in Übereinstimmung weiß, in der öffentlichen Debatte jedoch häufig unter Rechtfertigungsdruck steht.

Die Erstellung der NPD-Handreichung und die Taktik der ‚Wortergreifung‘ sind als Versuch der NPD zu werten, dem Rechtfertigungsdruck auszuweichen bzw. diesen gar an die demokratischen Parteien und Akteure zurückzugeben, denen vorgeworfen wird, sie wären der Beschäftigung mit bestimmten Themen aus dem Weg gegangen bzw. würden gegenüber der NPD, die gerade solche Themen aufgreife, undemokra-

tisches Verhalten praktizieren. Tatsächlich gehört die Selbstinszenierung der NPD als ‚Opfer undemokratischer Maßnahmen‘ zu den weit verbreiteten Taktiken dieser Partei.

Die ‚Wortergreifung‘ wird entweder durch ein klares Bekenntnis des/der Sprechenden zur NPD eingeleitet, um sogleich den Anspruch der Organisation zu markieren, im (veranstaltungs-)öffentlichen Raum gehört zu werden; bei anderen Gelegenheiten geben sich in der Taktik der ‚Wortergreifung‘ geübte NPD’ler nicht immer sofort als solche zu erkennen. Als ‚besorgte Bürger‘ führen sie jedoch Argumente und Sichtweisen aus dem weltanschaulichen Repertoire der extremen Rechten in die Diskussion ein, fordern zur Diskussion angeblich tabuisierter Sachverhalte auf, variieren ihre Grundthese(n) vielfach und lassen es auch an der Vereinfachung komplexer gesellschaftlicher Prozesse und politischer Entscheidungsabläufe nicht fehlen. Erkennen sie Zustimmung aus dem Publikum, werden ihre Beiträge demagogischer und häufig vom Bekenntnis zur NPD begleitet.

Die Taktik der ‚Wortergreifung‘ soll es den NPD-Aktivisten ermöglichen, im Rahmen von Veranstaltungen demokratischer Akteure die Themen und Diskussionsverläufe vorzugeben; eine Widerlegung der Sichtweisen und Argumentationsfiguren ist dabei häufig nur mit erheblichem zeitlichen Aufwand möglich, da zunächst die nicht sichtbar gemachten Vorannahmen verdeutlicht und kritisiert werden müssten. Erwiderungen der Vertreterinnen und Vertreter demokratischer Parteien und Organisationen auf ‚Wortergreifungen‘ durch NPD’ler sollten nicht darauf zielen, die eigene demokratische Dialogfähigkeit unter Beweis zu stellen oder die beteiligten NPD-Vertreter von der Widersinnigkeit und ethischen Verwerflichkeit ihrer Ansichten zu überzeugen. Solche Bemühungen sind in der Regel unwirksam. Das Auftreten und die Beteiligung von Neonazis an Diskussionen in öffentlichen Versammlungen von demokratischen Organisationen führen jedoch gelegentlich zur Verunsicherung im Publikum. Diesem muss die Aufmerksamkeit gelten, indem

- ➔ der Standpunkt der extrem rechten Redner eindeutig zurückgewiesen wird;
- ➔ dem extrem rechten Redner spätestens bei Beleidigungen die Tür gewiesen wird;
- ➔ in der gebotenen Kürze die Sichtweise der NPD widerlegt wird;
- ➔ die Veranstaltung in einer Weise (fort-)geführt wird, dass sich demokratische Teilnehmer/-innen von den Vertretern der NPD nicht eingeschüchtert fühlen.

DIE SPRACHE DER NPD

In der politischen Auseinandersetzung spielen Begriffe eine zentrale Rolle. Deren Bedeutung ist jedoch keineswegs eindeutig festgelegt, unveränderbar oder durch den jeweiligen gesellschaftlichen und historischen Kontext unbeeinflusst. An dieser Auseinandersetzung um den Sinngehalt von Begriffen beteiligt sich auch die NPD. Sie versucht, Begriffe zu ‚besetzen‘, die in Teilen der Gesellschaft einen positiven Klang haben, und diese mit extrem rechten Interpretations- und Deutungsmustern zu verknüpfen. Geht es nach der NPD, so soll etwa ‚Solidarität‘ nur noch im Zusammenhang mit dem Adjektiv ‚national‘ gedacht werden, d.h. zugleich den Ausschluss bedeutender Bevölkerungsgruppen beinhalten. Spricht die NPD vom ‚Sozialismus‘, so versteht sie darunter verschiedene Gemeinschaftsformen, allen voran die ‚Volksgemeinschaft‘. Und unter dem Motto ‚Bildung für alle‘ werden von der NPD politische Konzepte angeboten, die tatsächlich auf Elitebildung und den Ausschluss von Menschen mit Migrationshintergrund aus dem Bildungssystem hinauslaufen.

Der Versuch der ‚Besetzung‘ von Begriffen und Themen wird seitens der NPD mit dem Anspruch verbunden, die einzig wirkliche Problemlösungs- und Vertretungsinstanz zu sein – sei es im Feld der Sozialpolitik, des Umweltschutzes oder in der Frage von Krieg und Frieden. Eine praktische Umsetzung findet dieses Vorgehen in der Taktik der ‚Wortergreifung‘, um öffentliche Präsenz zu zeigen, mit der demokratische Akteure ‚demaskiert‘ werden sollen.

In der Sprache der neonazistischen Rechten finden sich darüber hinaus zahlreiche Schlagworte, Worterfindungen und Metaphern, die der Feindmarkierung dienen. So unterstellt die Wortschöpfung ‚USrael‘ die Untrennbarkeit der Interessen der USA und Israels/der Juden. Mit der Formulierung ‚amerikanische Ostküste‘ ist weniger eine geografische Orientierung gemeint als eine Chiffre für das angeblich von Juden dominierte internationale Finanzsystem gegeben. Andere von der extremen Rechten verwendete Schlagwörter fungieren als Kurzresümeees vorgeblich geschichtlicher Entwicklungen, so etwa ‚Überfremdung‘, ‚Umerziehung‘ oder ‚Volkstod‘. Schließlich sind auch jene Gegenschlagwörter von Bedeutung, mit denen versucht wird, die Wahrnehmung des jeweils konkret zur Diskussion stehenden Problems umzuorientieren. Hierzu zählt etwa ‚inländerfreundlich‘ (statt ‚ausländerfeindlich‘ oder ‚rassistisch‘) oder auch ‚Antigermanismus‘ (statt ‚Antisemitismus‘). Diese ideologisch aufgeladenen Begriffe sollen in die alltägliche Sprachverwendung von NPD-Anhängern übergehen und damit zur Stabilisierung des Weltbildes beitragen, aber auch darüber hinaus wirksam werden.

In der NPD-Handreichung finden sich zahlreiche Begriffe und Sprachverwendungen, in denen die Weltanschauung der NPD im Brennglas erkennbar wird. Für Entwicklungen, die abgelehnt werden, ist dies beispielsweise ‚Landraub‘ oder ‚Verausländerung‘. Dabei verwendet die NPD apokalyptische Sprachfiguren und Bedrohungsszenarien, die einzelne negative Ereignisse verallgemeinern. Mit zahlreichen Formulierungen („klarer Verstand“, „gesunder Menschenverstand“, „klarer Kopf“ oder „guter Wille“) wird versucht, mit sprachlichen Mitteln einen Konsens über die Ausgangsposition der NPD bzw. die aus den Behauptungen der NPD abgeleiteten Folgerungen zu schaffen. Wiederholt beruft sie sich missbräuchlich auf politische oder wissenschaftliche Autoritäten, so etwa den früheren französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle oder den deutschen Soziologen Friedrich Tönnies.

Bedeutsam ist ferner eine Interpretation gesellschaftlicher Entwicklungen aus der Perspektive der Biologie. So spricht die NPD vom ‚Volkkörper‘ und in ihren Schriften vom ‚lebensrichtigen Menschenbild‘, also dem Ausgeliefertsein des Menschen an angebliche Triebe (z.B. ‚Aggressionstrieb‘, ‚Territorialtrieb‘). Dabei ignoriert die NPD die Vielfalt der Natur, die auch zahlreiche Formen der gegenseitigen Hilfe kennt. Der Missbrauch der Natur zu politischen Zwecken findet sich bei der NPD außerdem in der Verurteilung von Homosexualität als ‚widernatürlich‘ und der Setzung von Heterosexualität als ‚gesunde Norm‘. In der Natur jedoch finden sich mannigfache Variationen von Sexualität und Fortpflanzungsarten.

Schließlich ist auf die vielfachen Formen einer Militarisierung der Sprache in Wort und Schrift der NPD hinzuweisen. So finden sich in dem knappen, nur siebzehn Zeilen umfassenden Vorwort, das der NPD-Funktionär Jürgen W. Gansel der NPD-Handreichung vorangestellt hat, zahlreiche Begriffe wie ‚Nahkampf‘, ‚Aufrüstung‘ oder ‚Marsch‘, die unmittelbar dem Feld des Militärs und des Krieges entstammen. Dem Selbstbild der NPD nach ist sie „Speerspitze“. Eine solche Sprache ist kriegerisch und einschüchternd gegenüber dem Gegner.

ENTGEGNUNGEN AUF DIE NPD-HANDREICHUNG

Die vom NPD-Parteivorstand für Funktionäre und Kandidaten der NPD bereitgestellte Handreichung ist in drei große Abschnitte unterteilt.

Den ersten Abschnitt bildet das – wie es bei der NPD heißt – ‚Ausländerthema‘. Auf neun Seiten werden elf Fragen formuliert und 22 Antworttexte angeboten, deren Argumentationsfiguren sich teilweise wiederholen. Die von der NPD zusammengestellten Fragen/Antworten bauen nicht logisch aufeinander auf: So finden sich die zum Verständnis der NPD-Position zentralen Grundlagen („Wer ist denn für die NPD ein Deutscher?“; „Was versteht die NPD unter ‚Volk‘?“ und „Für welches Staatsbürgerschaftsrecht tritt die NPD ein?“) erst weit hinten in diesem Abschnitt. Für die politische Auseinandersetzung mit der NPD sind sie jedoch zentral, da sie Vorannahmen formulieren, die auch bei anderen Fragen/Antworten relevant sind.

Im zweiten Abschnitt der NPD-Argumentationshilfe werden Themen aus dem Feld der Wirtschafts- und Sozialpolitik aufgegriffen. Zu sieben Fragen finden sich 17 Antworttexte. Diese wiederholen zahlreiche Argumentationsfiguren des ersten Abschnitts, was auf die zentrale Bedeutung des völkischen Nationalismus und des Rassismus in Weltanschauung und Politik der NPD verweist.

Der dritte Abschnitt trägt die Überschrift „Argumentationshilfe zu allgemeinen NPD-Fragen“; hierunter zählt die Partei beispielsweise Fragen zu Motiven für die Mitgliedschaft in der NPD, zu den allgemeinen Zielsetzungen der Partei, zu ihrem Verhältnis zur Gewalt, zum Grundgesetz und zu Europa.

Wer die Handreichung der NPD liest, wird sich gelegentlich darüber wundern, wie unüberlegt die NPD gesellschaftliche Entwicklungen und Problemlagen analysiert und wie vereinfachend, stereotyp und inhuman die aus der rechtsextremen Weltanschauung entwickelten Lösungsvorschläge sind. Daraus abzuleiten, die NPD sei mit ihrer Propaganda chancenlos, ist jedoch voreilig. Einfache Parolen und Weltbilder finden vielleicht gerade bei denen Zustimmung, denen die gegenwärtige Weltlage zu unübersichtlich und „die Politik“ zu weit weg und uneindeutig ist.

Im Folgenden wird zunächst der Text der NPD-Argumentationshilfe knapp zusammengefasst (blaue Schrift). Um Inhalt und Diktion der NPD-Positionen transparent zu machen und Kandidaten und Funktionsträgerinnen demokratischer Parteien mit einigen Schlüsselbegriffen und Schlagworten der NPD vertraut zu

machen, enthalten diese Zusammenfassungen auch Zitate. Anschließend finden sich die Erwiderungen. Diese können selbstverständlich die Sachkenntnis in politischen Sach- und Detailfragen nicht ersetzen und schon gar nicht das vielerorts beklagte Glaubwürdigkeitsdefizit „der Politik“ korrigieren.

1. DAS „AUSLÄNDERTHEMA“

1.1 IST DIE NPD EINE AUSLÄNDERFEINDLICHE PARTEI?

Auf die Frage, ob die NPD eine ausländerfeindliche Partei sei, verweist die NPD-Handreichung darauf, dass sie gegen „Türken in der Türkei“ bzw. „Nichtdeutsche in ihren Heimatländern“ nichts habe, sondern sich als „einwanderungsfeindliche“ bzw. „inländerfreundliche Partei“ verstehe, die gegen „Überfremdung und Landraub in Deutschland“ antrete, und wolle, dass Deutschland „das Land der Deutschen“ bleiben soll.

Die Bundesrepublik Deutschland *ist* seit Jahrzehnten ein Einwanderungsland; und bereits in den Jahrhunderten zuvor haben sich Menschen verschiedenster Herkunft auf dem Gebiet des heutigen Deutschland niedergelassen und sind dort heimisch geworden. So waren 1910 im Wilhelminischen Kaiserreich etwa zehn Prozent der Gesamtbevölkerung von 65 Millionen Menschen Migrantinnen und Migranten. Von den drei Millionen Menschen, die zu jener Zeit im Ruhrgebiet lebten, waren etwa 500.000 polnischer Herkunft. Schätzungen gehen davon aus, dass ca. ein Drittel der 5,3 Millionen Menschen des Ruhrgebiets polnische Wurzeln hat.

Deutschland – wie es die NPD mit ihrem Apartheidmodell anstrebt – zu einem Land zu machen, in dem keine Menschen mit Migrationshintergrund mehr leben, kommt einer großen Massenvertreibung gleich, die nur mit gewaltsamen Mitteln betrieben werden könnte. Die von der NPD verwendeten Begriffe ‚Landraub‘ und ‚Landnahme‘ sollen den Eindruck erwecken, dass Migration ein Akt der Gewalt und des Unrechts sei, gegen den drastische Maßnahmen gerechtfertigt seien.

Der Begriff der ‚Überfremdung‘ ist ein Schlüsselbegriff rechtsextremer Weltanschauung. Er unterstellt, dass es eine messbare Grenze dafür gibt, wann ein Land bzw. eine Gesellschaft seinen bzw. ihren ‚spezifischen Charakter‘ verlieren. Tatsächlich durchlaufen jedoch alle Gesellschaften Veränderungsprozesse; Kultur ist nicht statisch, sondern dynamisch – darauf hat zuletzt der von Vertreterinnen und Vertretern aller im Bundestag vertretenen Parteien verabschiedete Schlussbericht der Enquete-Kommission ‚Kultur in Deutschland‘ hingewiesen. Darin heißt es ausdrücklich, dass Menschen mit Migrationshintergrund nicht auf ihren Bezug zu einer

bestimmten Ethnie zu reduzieren sind, sondern „Teil der Kultur in Deutschland“ sind: „Neue Kulturen bilden sich heraus (...) Es entwickeln sich neue transkulturelle Identitäten..., nicht nur durch die Zunahme binationaler Familien, sondern vor allem durch die eigenständige Entwicklung junger Menschen mit Migrationshintergrund, die sich weder von der Minderheiten- noch von der Mehrheitsgesellschaft vereinnahmen lassen.“

Im Jahre 1993 wurde das Wort ‚Überfremdung‘ von der Gesellschaft für deutsche Sprache zum ‚Unwort des Jahres‘ gewählt: „Dieser Begriff dient immer wieder als Pseudoargument für die dumpfe Angst mancher Deutschen, dass sie von angeblich minderwertigen Ausländern majorisiert werden können.“

1.2 WARUM LEHNT DIE NPD DIE MULTIKULTURELLE GESELLSCHAFT AB?

Ihre Ablehnung der „multikulturellen Gesellschaft“ begründet die NPD mit der Behauptung, dass in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit „Arbeitsplätze sowie Sozialleistungen zuerst den eigenen Volksangehörigen zuteil werden“ sollen. Daher müssten „ausländische Arbeitsplatzkonkurrenten und Sozialschnorrer“ durch eine Politik der „Ausländerrückführung“ außer Landes geschafft werden. Ursächlich für die „gezielte Überflutung mit Billiglöhnern“ seien die „Profitinteressen der Wirtschaft“ und die „Ideologie des Neoliberalismus“. Als weiteren Grund für die Ablehnung des Multikulturalismus behauptet die NPD, dass ein „Vielvölkerstaat auf deutschem Boden“ notwendig zum „Völkermord an den Einheimischen“ bzw. zu „Mord und Totschlag“ führen würde. Wenn „die Deutschen“ sich nicht zur Wehr setzen würden, würden sie sich – wie die Indianer in Nordamerika – zukünftig als kleine Minderheit in Reservaten wiederfinden.

Schließlich, so die NPD, schädige die Einwanderung hoch qualifizierter ausländischer Fachkräfte deren Herkunftsgesellschaften, die deren Kompetenzen dringend benötigten. Ein großer Schmelztiegel produziere „entwurzelte und vereinsamte Einheitsmenschen“ ohne Heimat und Identität: „Diese ethnokulturellen Kastraten finden sich dann in einer kalten, egoistischen Wolfsgesellschaft wieder, in der jeder gegen jeden kämpft und das Recht des Stärkeren regiert, weil es keine nationale Solidarität und kein nationales Zusammengehörigkeitsgefühl mehr gibt. Wo das Volk stirbt (wie in der multikulturellen Gesellschaft), stirbt die Gemeinschaft, wo die Gemeinschaft stirbt, stirbt die Kultur und wo die Kultur stirbt, stirbt der einzelne Mensch. Mensch kann der Mensch nur da sein, wo er unter seinesgleichen ist und eine solidarische Gemeinschaft ausbilden kann.“

Zum Thema „multikulturelle Gesellschaft“ führt die NPD verschiedene Argumentationen an, mit denen sie deren Ablehnung plausibel machen möchte. Die Behauptung, Ausländer würden Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen und unberechtigt am Sozialstaat teilhaben, ist bereits vielfach widerlegt:

- Als in Westdeutschland Ende der 1950er-Jahre Arbeitskräfteknappheit herrschte, wurden gezielt Arbeitsmigranten angeworben. Sie haben mit ihrer Arbeit zum ökonomischen Erfolg der Bundesrepublik Deutschland maßgeblich beigetragen.
- Arbeitslosigkeit hat viele Ursachen; insbesondere in den Niedriglohnbereichen sind Qualifizierungsmaßnahmen notwendig, um die Chancen auf eine Beschäftigung zu verbessern.
- Menschen mit Migrationshintergrund schaffen teilweise selbst Stellen: Gerade die Türken sind zunehmend erfolgreiche Unternehmer, die über 160.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigen, darunter auch Deutsche.
- Die Besetzung von freien Stellen durch einen Nicht-EU-Ausländer erfolgt erst, wenn zuvor kein Deutscher oder EU-Bürger für diese Stelle gefunden wurde.

Innerhalb der EU gilt das Prinzip der Freizügigkeit: so wie jede und jeder Deutsche sich in jedem anderen EU-Land eine Arbeit suchen können, so gilt das natürlich auch für die Bürgerinnen und Bürger der anderen EU-Länder in Deutschland.

Tatsächlich werden Arbeitsmigrantinnen und -migranten häufig zu Löhnen beschäftigt, die unter den Tariflöhnen liegen. Diese Situation hat jedoch nichts mit dem Neoliberalismus zu tun, da das durchschnittlich niedrigere Lohnniveau der migrantischen Bevölkerung schon in den Hochzeiten der sozialen Marktwirtschaft bestand. Gegen die „Billiglöhne“ hilft nicht die Verdrängung der Betroffenen aus dem Arbeitsmarkt, sondern nur die Anhebung von Lohn- und Lebensniveau in den Entsendeländern.

Der Multikulturalismus stellt keine originäre Konfliktursache dar; so wie es die verschiedensten Konflikte zwischen Deutschen gibt, so gibt es selbstverständlich auch Meinungsunterschiede und Streits zwischen Deutschen und Menschen mit Migrationshintergrund. Die Behauptung, das Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen in einer Gesellschaft sei prinzipiell unmöglich und führe automatisch zu Mord und Totschlag, ist durch die Tatsache widerlegt, dass das alltägliche Zusammenleben in den weit überwiegenden Fällen friedlich abläuft. Für die NPD-These sprechen auch die genannten Beispiele nicht: in allen Fällen gab es gesellschaftliche Akteure, die sich von der Eskalation des Konfliktes entlang kultureller oder religiöser Gruppenzugehörigkeit einen Zuwachs an Macht oder den Zugewinn an materiellen Ressourcen versprochen und die deshalb die ‚nationale Karte‘ gespielt haben.

Tatsächlich ist die Auswanderung hoch qualifizierter Fachkräfte ein Verlust für die Herkunftsländer. Die humanitäre Botschaft ist bei der NPD jedoch nur vorgeschoben;

ihr geht es darum, das Recht auf Freizügigkeit und freie Wahl des Aufenthaltsortes zu beseitigen. Das Recht auf Heimat bedeutet jedoch nicht die Pflicht, sich dort auch aufzuhalten – gleichgültig, wie dieses geografisch oder historisch definiert sein mag. „Heimat ist unerlässlich, aber sie ist nicht an Ländereien gebunden“ (Max Frisch).

Mit der Klage über die Identität, die durch Migrationsprozesse bei den Beteiligten verloren geht, unterstellt die NPD, dass erstens die Identität eines Menschen notwendig durch seine Zugehörigkeit zu einer Gruppe von Menschen geprägt sein muss, die die NPD als ‚Volk‘ bezeichnet. Das ist jedoch keineswegs zwingend. Individuelle Identitäten werden auch durch soziale Schichtzugehörigkeit, Geschlecht, sexuelle Orientierung, familiäre Bindungen und vieles andere mehr geprägt. Sie sind zudem einem Wandel unterworfen und können je nach konkreter Situation verschiedene Ausprägungen erfahren. Zweitens gibt es im Zusammenhang mit Migrationsprozessen eine zunehmende Zahl von Menschen, die die Erfahrung und die Kenntnis verschiedener Kulturen nicht missen möchten und dies als große Bereicherung und nicht als Belastung empfinden.

Die NPD polemisiert gegen alle diejenigen, die in der ‚Volkszugehörigkeit‘ nicht ihren wichtigsten Bezugspunkt sehen. Ihrer Ansicht nach kann ein Deutscher nur unter Deutschen Mensch sein – Welch eine armselige und vielfach widerlegte Behauptung. Die Klage der NPD über die „Wolfsgesellschaft“ mit ihrem Sozialdarwinismus ist verlogen, gehört dieser doch zu den Kernbestandteilen extrem rechter Weltanschauung. Danach findet ein beständiges ‚Völkerringen‘ statt, in dem sich nur die Starken behaupten. Hier schließt sich der Kreis der NPD-Gedanken: Um im internationalen Konkurrenzkampf bestehen zu können, sollen Gruppeninteressen – etwa der in Gewerkschaften zusammengeschlossenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – zurückstehen.

1.3 WIE ARGUMENTIERT DIE NPD ANGESICHTS DES NIEDRIGEN ANTEILS MIGRANTISCHER BEVÖLKERUNG IN OSTDEUTSCHLAND ?

Mit Blick auf die ostdeutschen Bundesländer behauptet die NPD, dass die Zahl der „Ausländer“ deutlich höher sei als die in der amtlichen Statistik ausgewiesenen Zahlen, die zwischen 2,5 und 3,5 Prozent liegen. Die NPD verweist in diesem Zusammenhang auf illegale Einwanderung und auf die Einwanderer und Einwanderinnen, die die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen haben. Als drohendes Szenario verweist die NPD auf Stadtteile in Westdeutschland, wo es um die Integration der Deutschen in eine „fremde Mehrheitskultur“ geht. Die EU-Osterweiterung fördere mit dem Niederlassungsrecht für 75 Mio. Osteuropäer noch einmal die „allgemeine Landnahme Fremder“.

Steht die NPD-Argumentation, nach der die Arbeitslosigkeit durch die Verdrängung der Arbeitsmigrantinnen und -migranten aus dem Berufsleben beseitigt werden könnte, schon auf schwachen Füßen, so fällt sie angesichts der weit überdurchschnittlichen Arbeitslosenzahlen in Ostdeutschland und des weit unterdurchschnittlichen Anteils von migrantischer Bevölkerung völlig in sich zusammen. Aus dieser Klemme kann sich die NPD auch nicht durch die Addition derjenigen befreien, die sich illegal im Land aufhalten oder die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen haben.

Die Rede von „fremder Mehrheitskultur“, der gegenüber ‚die Deutschen‘ eine Minderheit würden, geht fehl, da ‚den Deutschen‘ gar kein homogener Block von Migrantinnen und Migranten gegenübersteht. Diese kommen aus ganz unterschiedlichen Ländern und Gesellschaften, bringen verschiedene kulturelle Gepflogenheit oder religiöse Überzeugungen mit und verändern diese zudem häufig im Laufe ihrer Anwesenheit in Deutschland.

Die von der NPD als Bedrohung behauptete Möglichkeit der Zuwanderung von 75 Millionen Menschen aus Osteuropa entbehrt jeglicher rationalen Grundlage. Entgegen mancher Erwartung ist die Arbeitsmigration aus Osteuropa nach dem Inkrafttreten der Freizügigkeitsregelung nur mäßig angestiegen.

1.4 ZUM VERBLEIB VON KINDERN AUS BINATIONALEN PARTNERSCHAFTEN

Hinsichtlich der Behandlung von „Kindern gemischt-ethnischer Beziehungen (Mischlingen)“ unterscheidet die NPD zunächst zwischen „ethnisch-kulturell verwandten europäischen Völkern“ und jenen aus „deutsch-nichteuropäischen Beziehungen“. Letztere träten nach Ansicht der NPD noch vergleichsweise selten auf, würden jedoch nach den Erwartungen der NPD ohnehin das Land verlassen: „Die Mischlinge, die deutsch-nichteuropäischen Beziehungen entstammen, werden das sich renationalisierende Deutschland über kurz oder lang freiwillig verlassen, weil ihnen der nationale Klimawandel nicht passt.“

Der Kern der Aussage besteht in der Drohung, dass sich die Lebenssituation von Menschen, die aus binationalen Partnerschaften stammen, in einem nach rassistischen Kriterien strukturierten Deutschland so einschneidend verschlechtern wird, dass diese ‚freiwillig‘ ausreisen. Auch wenn die NPD nicht ausführt, wie der ‚nationale Klimawandel‘ konkret aussehen wird, ist unschwer vorstellbar, dass hierzu der Ausschluss der migrantischen Bevölkerung von grundlegenden politischen und sozialen Rechten sowie von gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten gehört.

Statt Integration setzt die NPD auf Ausschluss und Entrechtung. Wenn die NPD in ihrer Handreichung schreibt, „rückzuführen sind vor allem die Nicht-Europäer“, so wird an dieser Formulierung doch deutlich, dass es ihr letztlich um alle Kinder binationaler Partnerschaften geht. Bedenkt man, dass die durchschnittliche Aufenthaltsdauer etwa italienischer Staatsangehöriger in Deutschland bei 24,3 Jahren, bei griechischen Staatsangehörigen bei 23,3 Jahren und bei denen aus dem heutigen Slowenien bei 27,7 Jahren liegt (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, August 2006) und diese auf vielfältige Weise in der hiesigen Gesellschaft heimisch geworden sind, dann wird deutlich, dass die NPD-Politik auf ein riesiges Deportationsprogramm hinausläuft.

1.5 SCHADET DIE NPD MIT IHREM RASSISMUS DEM TOURISMUS?

Auf die Frage, ob die NPD mit ihrem Rassismus dem Tourismus schade, verweist die Schrift darauf, dass die NPD einen Unterschied zwischen Touristen mache, die wieder gehen, und Ausländern, die bleiben. Einwanderungsfeindlichkeit habe nichts mit Touristenfeindlichkeit zu tun. Auch in Kärnten oder in Italien sei kein Rückgang des Tourismus festgestellt worden, als dort rechts-extreme bzw. rechtspopulistische Parteien Regierungsverantwortung getragen hätten.

Ob die Wahlerfolge der NPD und die Gewalttaten gegen Menschen, die von den Schlägern als ‚nicht deutsch‘ kategorisiert werden, negative Folgen für den Tourismus haben, lässt sich zwar statistisch nicht immer einwandfrei ermitteln. Jedoch zeigten sich bspw. nach Überfällen auf ausländische Gewerbetreibende in Rheinsberg in dieser bei Touristen beliebten Stadt konkrete wirtschaftliche Folgen: „Die Übernachtungszahlen für den Sommer sind spürbar eingebrochen. Schuld daran sind die rechten Übergriffe“, meldete die „Berliner Zeitung“ vom 8. Mai 2006. „Rassismus schreckt Touristen ab“ titelte bündig der „Tagesspiegel“ vom 9. Mai 2006. Und wenn in Travel Guides und durch Reiseveranstalter sogar vor Besuchen ostdeutscher Bundesländer gewarnt wird, sind das weitere deutliche Anzeichen über den Zusammenhang von Rassismus und Tourismus.

1.6 IST DIE NPD EINE ANTISEMITISCHE PARTEI?

Auf die Frage, ob die NPD eine antisemitische Partei sei, wird das Recht betont, auch an Juden Kritik üben zu können; außerdem wird behauptet, von jüdischer Seite werde ein „Schuldkult“ betrieben, der dazu diene, die Deutschen politisch zu erpressen und finanziell auszupressen.

In der Antwort bedient sich die NPD zunächst eines Tricks: Sie unterstellt, dass Kritik an Juden in der Bundesrepublik nicht möglich sei – dabei verrät ein Blick in die breite Presselandschaft in der Bundesrepublik Deutschland, dass dies regelmäßig passiert, ohne dass daraufhin der Vorwurf des Antisemitismus erhoben wird.

Mit der Argumentation, Antisemitismus sei die „Kritik an Juden“ – und weil die NPD dies tue, sei sie antisemitisch –, verfolgt die NPD einen doppelten Zweck: Sie will erstens diskursiv Übereinstimmung mit denen herstellen, die ebenfalls der Ansicht sind, dass „man Juden doch auch kritisieren dürfen muss“. Zweitens verschwindet hinter dieser Argumentationsfigur der Kern des Antisemitismus der NPD: Indem sie diese Frage im Abschnitt ‚Ausländerfrage‘ unterbringt, macht sie deutlich, dass für sie Juden keine Deutschen sind. Die Geschichte der Juden im heutigen Deutschland reicht hingegen lange zurück; die erste jüdische Gemeinde ist für 321 n. Chr. in Köln erwähnt. Mit der Behandlung der in Deutschland lebenden Juden als ‚Ausländer‘ will die NPD diesen grundlegende Bürgerrechte nehmen.

Auch mit der Behauptung, die Juden würden einen ‚Schuldskult‘ betreiben und sich an der Erinnerung an den Holocaust bereichern, hofft die NPD Unterstützung in den Teilen der Bevölkerung zu finden, die einen solchen ‚sekundären Antisemitismus‘ teilen. Der Hass der NPD gegen die Juden wird in der aggressiven Wortwahl der Handreichung deutlich, wo die legitime Beteiligung jüdischer Verbände am öffentlichen Diskurs als ‚Großmäuligkeit‘ denunziert wird.

1.7 BEDARF ES DER ZUWANDERUNG AUFGRUND DES BEVÖLKERUNGSRÜCKGANGS?

Dem Argument, dass angesichts des Bevölkerungsrückgangs in Deutschland Einwanderung auch in Zukunft notwendig sei, begegnet die NPD mit dem Hinweis auf eine unterbliebene „zielgerichtete deutsche Bevölkerungspolitik“ und der Behauptung, dass die Einwanderung zu einer weiteren Erhöhung der Arbeitslosigkeit beitrage. Daher sei die „Massenausweisung von Ausländern“ der richtige Weg.

Der von der NPD beklagte Bevölkerungsrückgang ist eine Entwicklung, die in mehreren spätmodernen Industriegesellschaften zu beobachten ist, z.B. in Russland, Italien, der Ukraine oder Ungarn. Da diese Entwicklung nicht kurzfristig umzukehren ist, setzen manche Länder auf die Förderung der Einwanderung, um das notwendige Potenzial an Arbeitskräften und damit auch Beitragszahlern in die Sozialsysteme zu sichern. Da eine kurzfristige Änderung der Geburtenzahlen nicht zu realisieren ist (auch nicht mit der von der NPD geforderten „zielgerichteten deutschen Bevölkerungspolitik“), gibt es neben Qualifizierungsmaßnahmen für be-

reits in Deutschland lebende Arbeitskräfte lediglich die Möglichkeit der gesteuerten Einwanderung, um die für den Wirtschaftsstandort Deutschland notwendigen Arbeitskräfte zu haben. Gerade der Verzicht auf eine solche Politik, wie von der NPD gefordert, würde die Wirtschaft in Deutschland nachhaltig schädigen und damit zu weiterer Arbeitslosigkeit führen.

Die von NPD geforderte „zielgerichtete deutsche Bevölkerungspolitik“ will die Zahl der Geburten in ‚deutschen Familien‘ fördern, u.a. durch finanzielle Anreize. Menschen mit Migrationshintergrund sollen von den entsprechenden Unterstützungsleistungen hingegen ausgeschlossen bleiben.

1.8 SCHADET DIE NPD MIT IHRER RASSISTISCHEN HALTUNG DEM DEUTSCHEN EXPORT?

Zu der Frage, ob die NPD mit ihrer Haltung dem deutschen Export schade, behauptet die NPD schlicht, dass „kein deutsches Produkt (...) im Ausland deswegen verschmäht [wird], weil die NPD erfolgreich ist“. Im Folgenden attackiert die NPD dann erneut die Einwanderung – insbesondere von „unqualifizierten Wirtschaftsflüchtlingen aus der Dritten Welt“, die als „Lohndrücker“ fungieren würden.

Die Wahlerfolge der NPD, ihr rassistisches und antisemitisches Programm und ihr geschichtsrevisionistisches Auftreten werden im Ausland verfolgt und kritisch zur Kenntnis genommen. Ob Unternehmen oder Konsumenten im Ausland aus diesem Grund auf den Kauf von deutschen Produkten verzichten, ist empirisch nicht untersucht, also auch nicht in der Form kategorisch auszuschließen, wie es die NPD tut.

1.9 WAS VERSTEHT DIE NPD UNTER ‚VOLK‘ UND WER GILT IHR ALS ‚DEUTSCHER‘?

Mit den Fragen „Wer ist denn für die NPD ein Deutscher? Was versteht die NPD unter ‚Volk‘?“ spricht die NPD grundlegende Positionen ihrer Weltanschauung an. ‚Deutscher‘ ist nach Ansicht der NPD, wer „in die ethnisch-kulturelle Gemeinschaft des deutschen Volkes hineingeboren wurde“, in die „Volksgemeinschaft“, aus der ein Ein- oder Austritt qua Willensakt nicht möglich sei. Als Teil des ‚deutschen Volkes‘ verfüge diese Person dann über spezifische „körperliche, geistige und seelische Merkmale“, die sie von anderen ‚Völkern‘ unterscheidbar mache.

In dieser Passage outet sich die NPD als Partei des Rassismus. Sie geht davon aus, dass ‚Völker‘ aufgrund von biologisch feststellbaren Unterschieden über ein jeweils eigenes Profil an körperlichen, seelischen und geistigen Merkmalen verfügen. Solche Ideen sind inzwischen als wissenschaftlich völlig haltlos bewiesen worden.

Die gesamte moderne Menschheit stammt entwicklungsgeschichtlich aus dem östlichen Afrika, von wo aus durch Migration der gesamte Erdball besiedelt wurde. Die etwa 130.000 Jahre, die dies gedauert hat, sind evolutionsgeschichtlich zu kurz, um – etwa in Europa – eine eigenständige ‚Rasse‘ entstehen zu lassen. Moderne populations- und molekulargenetische Untersuchungen zeigen, dass eine Einteilung der Menschheit in ‚Rassen‘ keinerlei genetische Grundlage besitzt, da sich 99,9 % der Gene bei allen Menschen wiederfinden – egal von welchem Kontinent oder aus welchem Land sie stammen. Äußerliche Unterschiede wie Haut- und Haarfarbe, Haarstruktur und Nasenform des Menschen dienen lediglich der Anpassung an unterschiedliche Klima- und Ernährungsbedingungen und sind nur von einer kleinen Untergruppe von Genen bestimmt. Sucht man nach genetischen Gemeinsamkeiten innerhalb einer ethnischen Gruppe und vergleicht diese mit einer anderen, so ist die Bandbreite der Unterschiede zwischen diesen beiden Gruppen weit geringer als die Bandbreite der Unterschiede zwischen verschiedenen Individuen, die ein und derselben Gruppe angehören.

Erweist sich die Annahme der NPD von abgrenzbaren Völkern mit genetisch vorbestimmten Merkmalen als hinfällig, so auch die Schlussfolgerung, dass der Mensch zwingend in Völkern lebe und seine Identität nur über die ‚Volkszugehörigkeit‘ definiere. Anders als von der NPD behauptet, sind ‚Völker‘ keine „Lebenstatsachen“, sondern soziale Konstruktionen.

Der Versuch der NPD, unter Verweis auf den Sachsen Heinrich I., der 919 deutscher König wurde, eine über tausendjährige Existenz eines ‚deutschen Volkes‘ zu konstruieren, geht fehl. Dass sich Menschen als Teil eines ‚Volkes‘ verstehen, ist eine historisch recht junge Entwicklung; über Jahrhunderte waren andere Vergemeinschaftungsformen im Denken, Fühlen und Handeln der Menschen zentral, so etwa die Dorfgemeinschaft oder der Stamm.

1.10 FÜR WELCHES STAATSBÜRGERSCHAFTSRECHT TRITT DIE NPD EIN?

Entsprechend ihrem Volksbegriff geht die NPD von einem Staatsbürgerschaftsrecht aus, bei dem die Abstammung, nicht jedoch der Geburtsort oder Lebensmittelpunkt ausschlaggebend ist. Sie fordert eine Rückkehr zum Staatsbürgerschaftsrecht von 1913 mit seinem ‚Blutsrecht‘ und will das zum 1.

Januar 2000 in Kraft getretene Staatsbürgerschaftsrecht rückgängig machen, das eine erleichterte Einbürgerung für eine eng umrissene Zahl von Migranten und Migrantinnen vorsieht.

Zu den wichtigsten Möglichkeiten, deutsche Staatsbürgerin bzw. deutscher Staatsbürger zu werden, gehören heute:

- Durch Geburt wird ein Kind Deutscher, wenn mindestens ein Elternteil zu dieser Zeit Deutsche oder Deutscher ist;
- durch Geburt im Inland wird ein Kind Deutscher, wenn ein Elternteil zu diesem Zeitpunkt seit 8 Jahren seinen gewöhnlichen rechtmäßigen Aufenthalt in Deutschland hat und ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzt;
- durch Antrag wird eine Person Deutscher, wenn sie bestimmte Kriterien erfüllt.

Die NPD wertet die beiden letztgenannten Möglichkeiten, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben, sprachlich ab („Verleihung bedruckten Papiers“; „Papier’deutsche“, „Paßdeutsche“). Die Ablehnung des neuen Staatsbürgerschaftsrechts ist vom Ziel motiviert, die mit dessen Einführung verbundene Absicht einer besseren Integration langjährig in Deutschland lebender Migrantinnen und Migranten rückgängig zu machen. Da die NPD die Staatsbürgerschaft an die „Volkszugehörigkeit“ knüpfen möchte, würden den eingebürgerten Migranten grundlegende Menschen- und Mitwirkungsrechte wieder genommen.

1.11 WELCHEN STELLENWERT MISST DIE NPD DEN MENSCHENRECHTEN BEI?

Für die NPD gibt es ‚den‘ Menschen mit unveräußerlichen Rechten nicht. Aus Sicht der NPD existiert der Mensch mit Rechten und Pflichten nur als Teil eines ‚Volkes‘. Ebenso gibt es in der Weltsicht der NPD keine Menschheit als Gesamtheit aller Individuen, sondern nur als „Summe von Völkern mit unterschiedlichen nationalen Interessen und kulturellen Identitäten“ sowie Lebensräumen: „Wir sind alle Menschen, aber davon gibt es 6,5 Milliarden, die deshalb noch lange nicht das Recht haben, sich überall niederzulassen.“

Menschenrechte sind die in Humanismus und Aufklärung entwickelten, aus Naturrecht oder Vernunft abgeleiteten subjektiven Rechte eines jeden Menschen. Das Konzept der Menschenrechte geht davon aus, dass jeder Mensch von Geburt an mit gleichen Rechten ausgestattet sein soll und diese egalitär begründeten Rechte unveräußerlich und unteilbar sind sowie universell Gültigkeit haben. Durch die Formulierung von Grundrechten in Verfassungen und internationalen Abkommen wurden die Menschenrechte als einklagbare Rechte ausgestaltet.

Die NPD präsentiert sich hier als Anti-Menschenrechtspartei. Sie will Menschenrechte nicht universal und umfassend gelten lassen, sondern nur unter der Maßgabe, dass sie den „Lebensinteressen des deutschen Volkes“ nicht zuwiderlaufen. Damit stellt die NPD beispielsweise das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, den Schutz vor Folter, vor Zwangssterilisation und Zwangskastration sowie die Freiheit von willkürlichen Eingriffen in die Privatsphäre, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit, aber auch die Berufsfreiheit zur Disposition.

2. WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

2.1 WIE WILL DIE NPD ARBEITSPLÄTZE SCHAFFEN?

Zur Schaffung von Arbeitsplätzen wiederholt die NPD stereotyp einige Ansätze: den Ausschluss der migrantischen Bevölkerung vom Arbeitsmarkt und die Belastung von Importen mit hohen Zöllen. Zudem soll eine EU-Förderpraxis unterbunden werden, mit der Unternehmen dabei unterstützt werden, ihre Produktionsstätten von Deutschland nach Osteuropa zu verlagern. Schließlich soll die Kapitalmobilität eingeschränkt, sollen die Transportkosten erhöht und soll die DM wieder eingeführt werden. Mit diesen Maßnahmen sollen der „Verarmungswettbewerb und die Arbeitsplatzvernichtung im Gefolge der Globalisierung“ eingedämmt werden.

Insgesamt handelt es sich um eine Politik der Renationalisierung, die die NPD vertritt. Eine solche Politik würde der auf den internationalen Märkten stark engagierten deutschen Wirtschaft erhebliche Schäden zufügen, zahlreiche Arbeitsplätze vernichten und die Konsumfreiheit beschränken.

Hinsichtlich der Arbeitsmarktpolitik im engeren Sinne tritt die NPD prinzipiell für eine Politik ein, die auf einer grundlegenden Diskriminierung beruht. Im Kern schlägt die NPD drei ökonomische Handlungsstränge vor: erstens eine starke Verringerung des Angebots an Arbeitskräften, indem die migrantische Bevölkerung aus dem Arbeitsmarkt ausgeschlossen wird. In anderen Texten wird auch der Verdrängung der Frauen vom Arbeitsmarkt das Wort geredet; zweitens die Verbesserung der Angebotsbedingungen für Unternehmen, insbesondere beim selbstständigen Mittelstand; drittens Finanzierung von Arbeitsmarktprogrammen.

Die NPD fordert die Entscheidung „zwischen Sozialstaat und Einwanderungsstaat“. Dies ist eine falsche Gegenübersetzung und setzt zwei Entwicklungen (Arbeitsmigration und Arbeitslosigkeit) in einen ursächlichen Zusammenhang, der nicht existiert. Schließlich liegen in vielen Staaten die Zahl der Arbeitslosen und die

Zahl der migrantischen Arbeitsbevölkerung weit auseinander. Zudem gilt für Deutschland, dass die Einwanderung seit Ende der 1950er-Jahre maßgeblich zum ökonomischen Aufstieg der Bundesrepublik Deutschland und zur Schaffung gesellschaftlichen Reichtums beigetragen hat.

In ihren Schriften tritt die NPD dafür ein, dass in Deutschland verbleibende Gewinne unverteuert bleiben, damit sie für Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen genutzt werden können. Offen bleibt hier jedoch, wie die NPD gewährleisten will, dass Gewinne tatsächlich beschäftigungswirksam investiert werden. Zur Besserung der Angebotsbedingungen der Unternehmen gehört auch die antigewerkschaftliche Politik der NPD, die auf die Auflösung der Tarifautonomie und die Zerstörung des Flächentarifvertrages durch Bildung von sogenannten ‚Betriebsgemeinschaften‘ zielt.

2.2 WARUM LEHNT DIE NPD DIE GLOBALISIERUNG AB?

Ihre Position zu Globalisierungsprozessen verdeutlicht die NPD mit drei Gedankengängen. Erstens gehe es dabei um „das planetarische Ausgreifen der kapitalistischen Wirtschaftsweise unter Führung des Großen Geldes“. Zweitens reduziere die Globalisierung staatliche Steuerungsmacht und drittens treibe das Fehlen von Zollschränken und Kapitalverkehrskontrollen die „Hochlohnländer in einen ruiniösen Verdrängungs- und Vernichtungswettbewerb mit Billiglohnländern“. Schließlich erpresse das Globalkapital die Staaten hinsichtlich der an den Standorten geltenden sozialen und ökologischen Standards.

Die Beschreibung der NPD verweist auf zum Teil problematische Entwicklungen, verknüpft diese jedoch analytisch mit antisemitischen Erklärungsmustern und kommt zu einseitig nationalistischen Lösungsvorschlägen.

Für die NPD ist die Globalisierung ein Werk der Juden (und der USA), denn – so heißt es in der Handreichung – das ‚Große Geld‘ sei „seinem Wesen nach jüdisch-nomadisch“ und habe seinen Hauptsitz an der „Ostküste der USA“. Wo die NPD in negativer Weise über den ‚Kapitalismus‘ spricht, sieht sie auch in ihm eine vom „weltweiten Judentum“ dominiertes Phänomen. Tatsächlich jedoch sind in Marktgesellschaften alle Unternehmen darauf angewiesen, Gewinne zu machen, wenn sie nicht vom Markt verdrängt werden wollen.

Die Geschichte des Kapitalismus und die Globalisierung sind nicht von Juden bestimmt; Massenentlassungen und Lohndumping haben die globale Entwicklung

des Kapitalismus schon immer begleitet. Solange von der Internationalisierung des Wirtschaftslebens Unternehmen mit Stammsitz in Deutschland profitiert haben und negative Folgen nur im Ausland zu spüren waren, hat die NPD dies nicht kritisiert. Auch die Subventionierung von Betriebsansiedlungen und die damit zum Teil verbundene Senkung von Umweltschutzstandards sind keine Entwicklungen, die erst mit der Globalisierung eingetreten sind.

Angesichts der Verunsicherungen, die viele Menschen aufgrund der zunehmenden Globalisierung verspüren, zielt die NPD mit ihrer Propaganda darauf ab, diesen Ängsten ein rassistisches bzw. antisemitisches Erklärungsmuster unterzuschieben.

Die Kritik an den negativen Auswirkungen der Globalisierung ist kein Privileg der NPD; auf diese weisen zahlreiche Organisationen und Parteien schon seit langem hin. Globalisierung ist jedoch nicht rückgängig zu machen; sie sozial gerecht zu gestalten und Lohndumping und Billigkonkurrenz zurückzudrängen, funktioniert in erster Linie durch die Angleichung der Lebensverhältnisse in den europäischen Gesellschaften. Die NPD hingegen setzt auf nationalistischen Egoismus und schafft damit neues Konfliktpotenzial.

2.3 WARUM IST DIE NPD GEGEN DIE EU?

Ihre Ablehnung der EU begründet die NPD in ihrer Handreichung zunächst mit der Abgabe von Entscheidungskompetenzen in den Bereichen Arbeitsmarkt-, Währungs-, Haushalts- und Finanzpolitik an „EU-Oligarchien“. Hinsichtlich der Arbeitsmarktpolitik wird eine „fast schrankenlose Öffnung und damit Zerstörung des deutschen Arbeitsmarktes“ behauptet, in deren Folge es einen „massenhaften Austausch deutscher Belegschaften durch osteuropäische Lohndrücker“ gegeben habe. Zugleich würden Unternehmen in großem Umfang Arbeitsplätze in die neuen EU-Staaten verlagern, wobei die Ansiedlungen häufig durch EU-Subventionen unterstützt würden. Mit Blick auf die Währungs- und Haushaltspolitik heißt es in der NPD-Handreichung, diese verunmögliche eine „eigenständige Wirtschaftspolitik zur Bekämpfung von Inflation und Arbeitslosigkeit“ und stelle eine „Mini-Globalisierung“ dar, da durch die einheitliche Währung Transaktionskosten fielen und Auslandsgeschäfte attraktiver geworden seien. Auch folge die Hartz-IV-Gesetzgebung den Vorgaben „der Neoliberalisten mit ihren ‚angebotsorientierten‘ Wirtschaftskonzepten“, zu denen „die rabiate Senkung der Sozialausgaben“ gehöre. Für die Finanzpolitik führt die NPD eine Untersuchung von Professor Dr. Franz-Ulrich Willeke (Universität Heidelberg) an, der zufolge die Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum von 1958 bis 2002 insgesamt eine halbe Billion Mark an die EU

überwiesen habe. Dieses Geld werde für den Bau von Infrastruktur und für Subventionen in europäischen Ländern verwandt, während der Rücklauf nach Ostdeutschland zurückgehe. Die NPD tritt für einen Austritt aus der EU ein, der auch vertraglich möglich sei.

Das Projekt der ‚europäischen Einigung‘ zielt auf eine enge Verflechtung der Mitgliedsstaaten und Gesellschaften der EU. Mit dieser Entwicklung sollen nationale Eifersüchteleien und Konkurrenzen – und die daraus in der Vergangenheit entstandenen Krisen und Kriege – endgültig beseitigt werden. Dazu ist die Aufgabe gewisser Souveränitätsrechte notwendig, die jedoch von den Mitgliedsstaaten in gleichem Maße erbracht werden. Als einheitlicher Wirtschaftsraum sollen mit der EU nicht nur ökonomische Stabilität, sondern auch ein Ausgleich unterschiedlicher Entwicklungsniveaus erreicht werden. Beim Niederlassungsrecht und dem Recht auf freie Wahl des Aufenthaltsortes sind grundlegende Menschenrechte angesprochen, die humanitäre Gesellschaften auszeichnen.

2.4 WIE WILL DIE NPD IHRE SOZIALPOLITISCHEN FORDERUNGEN FINANZIEREN?

An dieser Stelle führt die NPD an, dass es an Geld in Deutschland nicht mangle; es sei jedoch „ungerecht verteilt“ und werde „vor allem für nichtdeutsche Aufgaben zweckentfremdet“. Die NPD verkündet, die „Auslands- und Ausländerzahlungen radikal“ zusammenstreichen zu wollen. Hierzu zählt sie „Sühnezahlungen an sogenannte NS-Opfer, kostenlose Waffenlieferungen an Israel, die Subventionierung der EU-Osterweiterung, Milliardenbeträge für Auslandseinsätze der Bundeswehr im Dienst der imperialistischen USA, Sozialleistungen für Ausländer und die Milliardenkosten des Asylbetruges“. Zusätzlich spricht sich die NPD für die „Erhöhung der Erbschafts- und die Einführung einer Vermögenssteuer“ aus, damit „auch die Spitzenverdiener wieder einen deutlichen Beitrag für die Volksgemeinschaft leisten“. Nicht die steuerliche Entlastung von Spitzenverdienern würde „Nachfrage und damit Arbeitsplätze“ schaffen, sondern „nur die Entlastung der Durchschnittsverdiener“. Mit diesen Maßnahmen behauptet die NPD, ein „nationales Aufbauwerk“ finanzieren zu wollen, bei dem Milliardenbeiträge in „deutsche Schulen, Universitäten und Forschungseinrichtungen, in deutsche Familien, Unternehmensgründungen und die sozialen Sicherungssysteme investiert“ würden.

Würde die NPD ihre Finanzierungsvorstellungen realisieren, so hätte dies gravierende negative Auswirkungen in verschiedenen Bereichen: Der Rückzug aus internationalen Organisationen würde Deutschland international isolieren und

zu einer Steigerung der Wahrscheinlichkeit internationaler Konflikte führen. Die Einstellung der Entschädigungszahlungen für die Opfer der Nazi-Verbrechen und der Unterstützung Israels würde die internationale Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik Deutschland nachhaltig schädigen. Für die Opfer der NS-Gewaltspolitik, für die die Entschädigungszahlungen als moralisches Anerkenntnis der an ihnen begangenen Verbrechen bedeutsam sind oder die durch sie zumindest symbolisch materielle Ansprüche (z.B. aus der Zwangsarbeit) anerkannt sehen, würde ein solcher Schritt einer Verhöhnung gleichkommen.

Hinsichtlich der Auslandseinsätze der Bundeswehr ist festzuhalten, dass diese nicht „im Dienst der imperialistischen USA“ stattfinden, sondern auch deshalb beschlossen wurden, um das Gewicht der Bundesrepublik Deutschland auf der internationalen Bühne zu stärken. Die NPD will auch keine Abrüstung und die Überführung des dadurch eingesparten Geldes in die Sozialsysteme, sondern eine Militarisierung und Aufrüstung der Bundeswehr, u.a. mit Atomwaffen. Mit ihrer Hetze gegen die USA versucht sie, von anti-amerikanischen Stimmungen zu profitieren und heizt diese an.

Die Forderung nach Einführung einer Vermögenssteuer und der Erhöhung der Erbschaftssteuer ist keine originäre Erfindung der NPD; an der Kontextualisierung der Forderung durch die NPD („Beitrag zur Volksgemeinschaft“) wird jedoch deren rechtsextremer Charakter deutlich. Es geht nicht um eine Verbesserung der Lebensbedingungen aller in Deutschland lebenden Menschen, sondern um eine soziale Spaltung entlang ethnischer Kriterien.

2.5 WARUM IST DIE NPD GEGEN DIE EU, OBWOHL DIE OSTDEUTSCHEN BUNDESLÄNDER ERHEBLICHE FÖRDERMITTEL AUS BRÜSSEL ERHALTEN?

Diesem Argument hält die NPD den Gedanken entgegen, dass die den ostdeutschen Bundesländern seitens der EU bereitgestellten Finanzmittel nur einen Teil der Gelder ausmachen, die die Bundesrepublik Deutschland dem EU-Haushalt zur Verfügung stelle; ein „innerdeutscher Finanztransfer“ sei daher erheblich besser. Mit der Aufnahme von osteuropäischen Staaten in die EU würden die Fördergelder zudem zu deren Gunsten umgeschichtet.

Diese Argumentation verschweigt, dass es neben den Finanztransfers der EU in die ostdeutschen Bundesländer selbstverständlich auch umfangreiche Transferzahlungen aus den Bundeshaushalten gegeben hat. Wichtiger aber: Die mit den EU-Fördergeldern in den osteuropäischen Staaten angestrebte ökonomische und soziale Konsolidierung kommt der deutschen Wirtschaft unmittelbar zu-

gute (Export) und zielt auf eine Reduzierung der Arbeitsmigration. Handelten alle EU-Staaten nach dem Prinzip, Fördergelder nur in die eigenen strukturschwachen Gebiete zu lenken und damit der NPD-Forderung nach „nationaler Präferenz“ zu folgen, würde die Kluft zwischen den reichen und den armen Gesellschaften wachsen. Eine Zukunft Europas als Zone der Stabilität und des Ausgleichs würde in weite Ferne rücken.

2.6 SCHRECKEN NPD-ERFOLGE INVESTOREN AB?

Gegenüber dieser These bietet die NPD-Handreichung drei recht unterschiedliche Er widerungen an. Zunächst sieht sie darin „Propagandabe hauptungen einiger internationaler Konzerne, die damit die Deutschen einschüchtern und von der Vertretung ihrer nationalen Interessen abhalten wollen“. Um höhere Profite zu erzielen, solle der Sozialstaat zerstört werden. Da der Sozialstaat nur im nationalstaatlichen Rahmen funktioniere, sei die „Konzernhetze gegen die nationale Opposition“ gerichtet, die diesen verteidige („Das asoziale Kapital weiß, wer sein größter Feind ist: der Nationalismus, für den der Mensch, das Volk und nicht das Geld im Mittelpunkt steht.“). In einer zweiten Antwort behauptet die NPD, dass die Konzerne als Reaktion auf die NPD-Erfolge keine Arbeitsplätze abbauen könnten, da diese nie welche geschaffen hätten („Erst einmal soll das Kapital Arbeitsplätze schaffen, dann kann es auch mit der Streichung derselben drohen.“). Und schließlich argumentiert die NPD, dass Unternehmensentscheidungen über den Abbau von Arbeitsplätzen nicht „wegen eines Wahlausgangs“ (Einzug der NPD in den Landtag Sachsens) getroffen werden.

Die Annahme, dass Unternehmen in ihren Investitionsentscheidungen auch davon beeinflusst sein könnten, ob ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gefahr ausgesetzt sind, wegen ihres Äußeren oder ihres religiösen und kulturellen Bekenntnisses Opfer von rassistischen Gewalttätern zu werden, ist vor allem von Politikern geäußert worden, die sich intensiv darum bemühen, in strukturschwachen Gebieten neue Arbeitsplätze zu schaffen. Auch in den Medien wurde zu Recht darüber berichtet, dass die Wahlerfolge der NPD eine bedenkliche Zustimmung zu undemokratischer und rassistischer Politik verdeutlichen und damit keine Einladung an Investoren darstellen, in der Region zu investieren. Die Behauptung der NPD, hier seien internationale Konzerne mit dem Ziel der Einschüchterung am Werk, zeugt hingegen von der Lebendigkeit von Verschwörungstheorien bei der NPD.

Zwar war der Nationalstaat über lange Zeit der Bezugspunkt staatlichen Handelns und damit auch sozialstaatlicher Strukturen. Diese sind jedoch nicht automatisch mit dem Nationalstaat verknüpft und durch diesen garantiert, sondern vielfach erst

Ergebnis sozialer Kämpfe oder damit verbundener Zugeständnisse. Die NPD denunziert entsprechende Interessenvertretung jedoch als ‚materialistisch‘.

2.7 WAS KRITISIERT DIE NPD AN HARTZ IV?

Die NPD bezeichnet Hartz IV als „größten sozialen Raubbau der deutschen Nachkriegsgeschichte“, der für viele Betroffene „akute Armut“ bedeute. Als besonders skandalös gilt der NPD, dass das ALG II unabhängig von der Höhe des früheren Arbeitseinkommens gezahlt wird; dass auch langjährige Beitragszahler nur den Standardsatz bekommen („Beitragsdiebstahl“); dass mit der Vorschrift zunächst die Ersparnisse aufzubrauchen, die „Sparsamen bestraft“ werden; dass jede Arbeit als zumutbar gilt; dass mit der Möglichkeit von „Zwangsumsiedlungen“ bei über den Regelsätzen liegenden Mieten die „Gefahr der Ghettobildung“ steige; dass Menschen bis zum 25. Lebensjahr nur ausnahmsweise Wohngeld bekommen und daher häufig gezwungen sind, (wieder) bei den Eltern zu leben, was aufgrund der Regelungen zur häuslichen Bedarfsgemeinschaft zu einer weiteren Kürzung der Hartz IV-Zahlungen bei jungen Erwachsenen führe. Insgesamt ist Hartz IV für die NPD „asozial. Während das einfache Volk verarmt, kassieren die Großverdiener immer mehr (...). Hartz IV ist keine Arbeitsmarktreform, sondern ein Verbrechen am deutschen Volk.“

Die von der NPD angeführte Kritik an Hartz IV dient vor allem dazu, dass sich die NPD als Partei der sozial Benachteiligten profilieren und deren Unzufriedenheit in völkische Bahnen lenken kann. Von den mit der Hartz IV-Regelung verbundenen Härten ist nach Aussage der NPD jedoch nur das ‚deutsche Volk‘ betroffen. Damit wird die Situation derjenigen Migranten, die Hartz IV-Bezieher sind, völlig ausgeblendet.

Bei der Selbst-Inszenierung als Verteidigerin sozialer Mindeststandards verschweigt die NPD, dass sie selbst die Finanzierung des Sozialstaats im bisherigen Umfang nicht mehr für machbar hält; die migrantische Bevölkerung will sie komplett vom Bezug von Leistungen aus den sozialen Sicherungssystemen ausschließen, und diejenigen, die ihrer Ansicht nach nicht arbeitswillig sind, sollen in einen Arbeitsdienst gepresst werden. So hieß es im Parteiblatt Deutsche Stimme im Oktober 2000: „Wer über Angebot und Nachfrage des freien Arbeitsmarktes keine Stelle bekommt, sollte vom Staat zur gemeinnützigen Arbeit verpflichtet werden.“

3. ALLGEMEINE FRAGEN ZUR NPD

3.1 WARUM IST MAN IN DER NPD?

Als „persönliche“ Statements bietet die NPD-Handreichung fünf Variationen an, die jeweils verschiedene Aspekte des Selbstverständnisses und der Selbstinszenierung der NPD hervorheben: so sei die NPD „die einzige Partei, die vorbehaltlos für die Lebensinteressen des deutschen Volkes“ und für „nationale Solidarität, nationale Identität und nationale Souveränität“ eintrete; sie sei „eine nationalistische Partei gegen alle anderen Parteien – also gegen die Parteien, die Ausländer, Randgruppen und dem internationalen Großkapital dienen, nicht aber den Deutschen“; die NPD sei die „einzige glaubwürdige Anwältin unseres Volkes“ und „Speerspitze eines neuen, sozial gerechten und deutschen Deutschlands“; schließlich wird die NPD als „idealistische deutsche Erneuerungsbewegung“ bezeichnet, die „der noch unter dem Schutt der Zeit liegenden Volksgemeinschaft den Weg ebnen“ werde.

In diesen persönlichen Bekenntnissen verdichtet sich schlagwortartig das gegenwärtige Selbstverständnis der NPD: ihr völkischer Nationalismus, die Inszenierung als Systemopposition und Vertreterin sozialer Gerechtigkeit. Letztere wird bei der NPD als Ausgrenzung und Entrechtung der migrantischen Bevölkerung in Deutschland verstanden. Die Aufnahme des Punktes in die Argumentationshilfe soll wohl die Anhänger der NPD dazu ermutigen, sich selbstbewusst und offen zu ihrer Partei und Weltanschauung zu bekennen.

3.2 WAS WILL DIE NPD?

In den Antworten auf diese Frage heißt es zunächst, dass die NPD „wieder Politik von Deutschen für Deutsche“ machen wolle, was „BRD-Minister und -Kanzler seit 1949 in ihrer Eidformel immer schwören und auch immer wieder brechen“ würden. Mit der angestrebten Politik unter dem Motto „Zuerst das eigene Volk“ solle praktiziert werden, was „überall auf der Welt (...) normal“ ist. Nur eine auf diesem Verständnis beruhende Politik werde „das große nationale Aufbauwerk“ ermöglichen, mit dem „die Mitteldeutschen aus wirtschaftlicher Verelendung, aus Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit“ befreit werden könnten. Zentraler Ansatz einer solchen Politik sei es, „deutsches Geld endlich für deutsche Aufgaben“ zu verwenden und „die Geldverschleuderung an Ausländer und das Ausland“ einzustellen.

Mit der von ihr angestrebten Politik hält die NPD nicht hinter den Berg: Sie will gesellschaftliche Ressourcen und Grundrechte – Bildung und Ausbildung, soziale Sicherungssysteme, Aufenthaltsrecht und politische Mitwirkungsrechte – nur noch dem Teil der in Deutschland lebenden Bevölkerung zubilligen, den sie als ‚deutsch‘ bezeichnet. Die Behauptung der NPD, eine solche Politik der ‚ethnischen Bevorzugung‘ sei „überall auf der Welt normal“, ist schlichtweg Unsinn. Viele Staaten unterhalten Programme, mit denen die Integration von Minderheiten in die Gesellschaft gefördert werden soll.

Worin das „große nationale Aufbauwerk“ in den ostdeutschen Bundesländern bestehen soll, hat die NPD bisher nicht konkretisiert. Deutlich ist sie jedoch hinsichtlich der Finanzierung: Die Sozialkassen sollen keine Leistungen für die migrantisches Bevölkerung mehr erbringen, obwohl diese seit Jahrzehnten darin eingezahlt hat. Bei dem Vorhaben der NPD handelt es sich schlicht um Diebstahl. Weitere Geldbeträge sollen durch den Austritt aus der EU und der NATO frei werden. Allerdings will die NPD die Bundeswehr aufrüsten, u.a. mit Atomwaffen. Durch die von der NPD angestrebte Autarkiepolitik und die damit verbundene internationale Isolierung würden gravierende ökonomische Nachteile entstehen.

3.3 WAS VERSTEHT DIE NPD UNTER NATIONALISMUS?

Zum Thema „Nationalismus“ führt die NPD aus, dass Nation „eine Gemeinschaft von Menschen [ist], die durch Geburt zusammengehören“. Daher könne man ‚Deutscher‘ auch nur nach Herkunft bzw. Abstammung sein, nicht jedoch durch die Annahme der Staatsbürgerschaft werden. Damit grenzt sich die NPD auch explizit von einem Verständnis von Nation ab, das sich durch das Bekenntnis der Beteiligten zu gemeinsamen demokratischen Grundwerten konstituiert. Dies seien rein subjektive Maßstäbe, während in der NPD-Auffassung von Nation diese anhand „objektiver Merkmale“ wie gemeinsame Abstammung, Sprache, Kultur, Geschichte und Tradition als „staatsgewordene Gemeinschaft eines Volkes“ charakterisiert sei.

Für die NPD ist „die eigene Nation (...) der höchste ethische Wert“. Nach Aussagen der NPD beinhaltet ihr Nationalismus keine Verachtung und Überheblichkeit gegenüber anderen Nationen. Die NPD tritt für die Wiedereinsetzung des „nationalen Imperativs“ (ein Volk, ein Staat) ein: „Ziel des deutschen Nationalismus ist ein freies und identitätsstarkes deutsches Volk unter anderen freien und identitätsstarken Völkern.“

Schließlich sieht die NPD im Nationalstaat den einzigen Garanten der Sicherung der „Lebensinteressen (...) der Deutschen“; dieser sei der „geopo-

litische Raum einer volklichen Selbstherrschaft, nur der Nationalstaat bringt staatliche Grenzen und Geltungsmacht mit nationalen Interessen und Wir-Gefühlen zur Deckung.“

Die von der NPD vertretene Konzeption der Nation ist völkisch. Die Frage, wie die NPD das ‚Deutsch-Sein‘ angesichts einer langen Migrationsgeschichte Deutschlands prüfen will und ob dabei an die Wiedereinführung eines ‚Arier-Nachweises‘ gedacht wird, ist von ihr bisher nicht beantwortet worden.

Die von der NPD als objektive Merkmale angeführten Faktoren sind jedoch alles andere als einschlägige Beweise:

- So ist die Behauptung, Menschen gehörten aufgrund ihrer gemeinsamen Sprache natürlicherweise zusammen, irrig. Dass Menschen, die eine bestimmte Sprache sprechen, eine Gemeinschaft bilden, deren Mitglieder von anderen Menschen nicht nur durch die Form, in der sie sich ausdrücken, sondern auch in ihrem ‚Fühlen und Denken‘ unterschieden seien, ist schlichtweg falsch. Historisch geht die Gründung des Nationalstaates der Durchsetzung einer Amts- und Schriftsprache gegenüber Dialekten als verbindliches Verständigungsmittel voraus. So ist die allgemeine Verbreitung von Hochdeutsch Resultat und nicht Ursache der Gründung des Deutschen Reiches. Schließlich finden sich zahlreiche Nationen, die sprachlich heterogen sind (z.B. die Schweiz und die USA).
- Auch die Kultur ist nichts, worauf sich eine Nation gründen würde. Wenn sich spezifische Gepflogenheiten über genau eine ganze (Staats-)Nation verbreitet haben sollten, dann erst und nur deshalb, weil es diese bereits gab. Was sollte so unterschiedliche kulturelle Ausdrucksformen wie die ostfriesische Teekultur und das Weißwurstessen in Bayern als Teil einer ‚deutschen Nationalkultur‘ ausweisen? Das Kriterium für eine solche Sortierung sind nicht etwa Ähnlichkeiten in den Sitten und Gebräuchen; vielmehr vollzieht sich die Bestimmung als ‚typisch‘ geltender nationaler Eigenarten entlang von Staatsgrenzen.

Der „nationale Imperativ“ der NPD setzt zudem das biologische Wesen eines Menschen voraus, das ihn zu einem bestimmten Volk und damit zu einem klar abgegrenzten Nationalstaat gehören lasse. Tatsächlich ist aber das Blut überall rot, und weltweit gibt es nur die Blutgruppen 0, A, AB und B. Irgendwelche ‚nationalen Charaktereigenschaften‘ zu behaupten, hält der empirischen Überprüfung nicht stand: In jedem „Volk“ gibt es höchst unterschiedliche Menschen, die mit anderen Menschen aus „anderen Völkern“ mehr gemeinsame Interessen haben als mit ihren „Volksgenossen“. Auch Haut-, Haar- und Augenfarbe, Religion oder „Intelligenz“ taugen nicht dazu, die Zugehörigkeit verschiedener Menschen zu einem bestimmten Volk zu begründen.

Wir-Gefühle und Identitäten eines Menschen können sich auf ganz verschiedene Vergemeinschaftungen beziehen und zudem rasch wechseln; historisch ist die Idee, zu einem ‚Volk‘ oder einer ‚Nation‘ zu gehören, relativ jung. Über Jahrhunderte waren beispielsweise Dorfgemeinschaften und die Familie die primären Vergemeinschaftungsformen.

Dass die NPD die Nation als „höchsten ethischen Wert“ ansieht, ist von grundsätzlicher Bedeutung für den undemokratischen Charakter der NPD, denn damit werden die allgemeinen Menschenrechte diesem „Wert“ untergeordnet. Bereits die Nationalsozialisten propagierten: „Du bist nichts. Dein Volk ist alles!“ Aus der von der NPD formulierten Prioritätensetzung ergibt sich auch die Notwendigkeit der Diskriminierung und Ausgrenzung all jener, die der (Zugehörigkeit zur) Nation keinen oder einen geringeren Wert zumessen.

Zwar behauptet die NPD, dass sie anderen ‚Völkern‘ nicht mit Überheblichkeit begegne, die zur extrem rechten Weltanschauung gehörende Vorstellung vom ‚ewigen Völkerringen‘, bei dem sich der Stärkere durchsetze, führt diese Sichtweise jedoch ad absurdum.

3.4 WIE STEHT DIE NPD ZUR GEWALTFRAGE?

In der Antwort auf die Frage, wie die NPD zur Gewalt steht, behauptet die NPD, das Gewaltmonopol des Staates nie infrage gestellt zu haben und Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung abzulehnen; diese sei politisch kontraproduktiv und Ausdruck „geistiger Schwäche und fehlender Argumente“.

Zunächst fällt auf, dass die Antwort auf die Frage des Verhältnisses der NPD zur Gewalt die kürzeste ist, die in der gesamten NPD-Handreichung angeboten wird: Sie umfasst gerade einmal sieben Zeilen. Neben den Gewaltdrohungen, die von Teilnehmern von NPD-Aufmärschen geäußert werden („Wir kriegen Euch alle!“ – „Kein Vergeben, Kein Vergessen – auch Rote haben Namen und Adressen!“), lassen sich neben allgemein kriminellen Vergehen auch zahlreiche politisch motivierte Gewalttaten von NPD-Funktionären und -Aktivisten nachweisen, z. B.

- ➔ Patrick Wieschke, NPD-Funktionär aus Thüringen, verurteilt wegen eines Sprengstoffanschlags auf einen Döner-Imbiss
- ➔ Stefan Köster, NPD-Landtagsabgeordneter in Schwerin, verurteilt wegen Körperverletzung, weil er auf eine am Boden liegende Frau eintrat
- ➔ Thorsten Heise, NPD-Bundesvorstand, diverse Delikte, unter anderem Körperverletzung, aktuell wegen Volksverhetzung

- Norman Bordin, Vize-Chef der Jugendorganisation JN, unter anderem wegen Körperverletzung
- Heinrich Förster, NPD-Kandidat bei der Bundestagswahl 2005, vorbestraft wegen versuchten Mordes (1995)
- Christian Hehl, NPD-Funktionär in Rheinland-Pfalz, diverse Vorstrafen, unter anderem wegen schwerer Körperverletzung
- Maik Spiegelmacher, langjähriger NPD-Funktionär in MVP, vorbestraft wegen gemeinschaftlich versuchten Mordes
- Ingo Stawitz, NPD-Funktionär aus Schleswig-Holstein, vorbestraft wegen Körperverletzung
- Philipp Valenta, ehemals JN-Landesvorsitzender und stellvertretender NPD-Landesvorsitzender in Rheinland-Pfalz, verurteilt wegen Körperverletzung
- Peter von der Born, NPD-Kandidat in Schleswig-Holstein, diverse Vorstrafen, unter anderem wegen Körperverletzung
- NPD-Ratsherr Thorsten Crämer, verurteilt zu zwei Jahren und drei Monaten Gefängnis wegen des Überfalls auf Teilnehmer einer Gedenkveranstaltung am KZ-Mahnmal Kemna bei Wuppertal.
- Manfred Börm, derzeit Mitglied des Parteivorstands und Leiter des Ordnungsdienstes, der 1979 wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung verurteilt wurde, auf deren Konto u. a. der Überfall auf ein Waffendepot ging.

Auch in früheren Phasen der NPD-Parteigeschichte kam es immer wieder zu rechtsextrem motivierter Gewalt, so etwa während des Bundestagswahlkampfes 1969, als der damalige Leiter des Ordnungsdienstes in Kassel auf eine Gruppe von Gegendemonstranten schoss und in Ulm ein Journalist bei einer NPD-Saalveranstaltung an Herzversagen starb, als es zu gewalttätigen Übergriffen des Ordnungsdienstes kam. Auch die von der NPD mitinitiierte „Aktion Widerstand“ gegen die neue Ostpolitik der Regierung Brandt war in einem solchen Ausmaß von Radau begleitet, dass sich die NPD schließlich von der Aktion distanzierte. Damals wie heute versucht die NPD, Gewalthandeln ihrer Mitglieder und ihres neonazistischen Umfelds, wenn es denn nicht mehr zu leugnen und aktenkundig geworden ist, als Notwehrhandeln zu rechtfertigen.

Gewaltakzeptanz, Gewaltbejahung und Gewalttätigkeit sind fest in der Ideologie und Praxis der extremen Rechten verankert. Gewalt wird sozialdarwinistisch begründet, überhöht und gerechtfertigt, indem auf das Prinzip des Kampfes und des Überlebens des Stärkeren verwiesen wird. Diese vermeintlichen „Naturgesetze“ sollen auch innerhalb der Gesellschaft und zwischen den Staaten und Völkern zu ihrem Recht kommen. Die Prinzipien friedlichen Interessenausgleichs, politischer Kompromissfindung und gegenseitiger Solidarität und Hilfe sind rechtsextremem Denken generell fremd. Öffentliche Absagen an Gewalt sind daher in der Regel taktisch oder strategisch motiviert.

3.5 WAS HAT DIE NPD GEGEN EUROPA?

Die NPD erklärt sich in ihrer Handreichung zur Gegnerin der EU („das Völkergefängnis (...), das Bürokraten, Wirtschaftslobbyisten und Einwanderungsideologen errichtet“ hätten), betont jedoch zugleich ihre „pro-europäische“ Ausrichtung. Statt einer als „Agentur der Globalkapitalisten“ fungierende EU-Zentrale in Brüssel trete die NPD – im Sinne des früheren französischen Staatspräsidenten de Gaulle – für die „Vision eines ‚Europas der Vaterländer‘“ ein. Dessen Grundlage sei das ‚Selbstbestimmungsrecht der Völker‘. Dabei trete die NPD insbesondere für das „Selbstbestimmungsrecht der Deutschen ein“, billige dies jedoch auch „jedem anderen Volk der Welt zu“. Durch einen solchen Ansatz werde der Unterschied zwischen „heutigem Nationalismus und gestrigem Chauvinismus“ markiert. Für die NPD sind „deutscher Nationalismus und europäisches Denken“ kein Widerspruch, da „alle Europäer gegen die amerikanischen Dollar-Imperialisten und Völkerunterdrücker zusammenstehen“ müssten.

Mit ihrer Kritik an der EU überzeichnet die NPD Fehlentwicklungen, die von verschiedenen Seiten beklagt werden, so etwa die Festschreibung einer marktradikalen Wirtschaftsordnung. Das Spezifische an der NPD-Position ist die Klage über die Abgabe von Souveränitätsrechten der Nationalstaaten und die Freizügigkeit für EU-Bürgerinnen und -Bürger, d.h. die Möglichkeit der freien Wahl des Wohn- und Arbeitsplatzes. In diesem Zusammenhang tut die NPD so, als gebe es nicht umfangreiche Programme und Aktivitäten der EU, mit denen die Einwanderung auf den europäischen Kontinent kontrolliert werden soll.

Die NPD tritt nicht für eine Demokratisierung und Weiterentwicklung der EU ein, sondern will stattdessen unter dem Titel ‚Europa der Vaterländer‘ einen europäischen Bund völkisch homogener Staaten schaffen. Das Eintreten für das ‚Selbstbestimmungsrecht der Völker‘ (Prinzip: ein Volk = ein Staat) im Sinne der NPD würde zur Herausbildung zahlreicher neuer Kleinstaaten bzw. zum Zerfall existierender Staaten in Europa führen, da die NPD in Frankreich etwa der korsischen, der bretonischen oder der baskischen Bevölkerungsgruppe einen eigenen Staat zubilligen würde; aus Belgien würden zwei neue Staaten entstehen usw. usf. Der Logik des völkischen Nationalismus nach würde hingegen Deutschland als einziger Staat in Europa an territorialer Größe und Bevölkerungszahl zunehmen – schließlich will die NPD ja ein Großdeutschland in den Grenzen von 1937.

Das von der NPD entwickelte Modell eines Europäischen Staatenbundes sieht als zentrales Gremium ein Art Ministerrat vor, der – anders als das Europaparlament –

nicht demokratisch legitimiert wäre. Angesichts dieses Gegenentwurfs ist die Kritik der NPD, dass die Strukturen der EU nicht demokratisch seien, verlogen.

Auch wenn die NPD in der Handreichung behauptet, ihr Modell eines europäischen Staatenbundes habe mit „gestrigem Chauvinismus“, d.h. mit der Expansionspolitik des Nazi-Regimes nichts zu tun, so zielt es doch darauf, ein unter deutscher Führung und Kontrolle stehendes Europa in die Konfrontation mit den USA zu führen. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund fordert die NPD in ihrer Parteizeitung für Deutschland die Verfügung über Atomwaffen.

3.6 DIE NPD ARBEITET MIT EINFACHEN LÖSUNGEN

Gegen die Kritik, sie biete für komplexe gesellschaftliche Problemlagen (zu) einfache Lösungen an, behauptet die NPD, dass es für Fehlentwicklungen und Zusammenhänge, die sie als „offenkundig“ bezeichnet (z.B. den „Zusammenhang von Masseneinwanderung und Massenarbeitslosigkeit“), eben auch einfache Lösungen gibt. Massenausweisungen gelten der NPD dabei als „vom gesunden Menschenverstand diktierte Problemlösung“.

Die entscheidende Frage ist nicht, ob Antworten einfach sind oder nicht. Vielmehr kommt es darauf an, ob ihnen eine zutreffende Analyse von Ursachen und Wirkungszusammenhängen vorausgeht. An solchen mangelt es der NPD. Darüber können auch suggestive Formulierungen, die nur eine Form der Problembearbeitung behaupten, nichts ändern.

Zwischen zwei zeitlich parallel stattfindenden Entwicklungen (hier: Migration und Arbeitslosigkeit) muss nicht notwendig ein ursächlicher Zusammenhang bestehen. Würde es den von der NPD unterstellten Zusammenhang geben, dann müsste im Land Brandenburg, wo der Ausländeranteil Ende 2006 bei 2,6% lag, nahezu Vollbeschäftigung anzutreffen sein; dort betrug die Arbeitslosenquote jedoch 16,4 % (Januar 2008). Die Verringerung der Arbeitslosigkeit auf bundesweit 3,617 Millionen (Februar 2008) ist nicht dadurch erzielt worden, dass Menschen mit Migrationshintergrund von ihren Arbeitsplätzen verdrängt wurden, sondern insbesondere durch einen Wirtschaftsaufschwung, der von einem starken Export und einer gestiegenen Binnennachfrage getragen wurde.

Die von der NPD als „offenkundige“ Lösung propagierte Abschiebung von nach Ansicht der NPD 15 Millionen willkürlich als „fremd“ definierten Menschen ist – völlig unabhängig von dem unmenschlichen Gedankengut, das zu einer solchen Forderung führt – weder völkerrechtlich und politisch noch organisatorisch und

technisch überhaupt realisierbar. Sie würde ohne Zweifel entweder scheitern oder aber in eine neue Vernichtungspolitik münden.

3.7 WIE STEHT DIE NPD ZUM GRUNDGESETZ?

Als primären Kommentar führt die NPD-Handreichung an, dass das „Grundgesetz ein Diktat der westlichen Siegermächte“ gewesen sei, über das „das deutsche Volk (...) nie in einer Volksabstimmung“ habe befinden können. Es sei hohe Zeit, so die NPD, mittels einer Nationalversammlung eine Verfassung zu beschließen, „in der Volksabstimmungen verankert, ein volksgewählter Bundespräsident mit starken Vollmachten institutionalisiert und der schädliche Parteieneinfluss beschnitten zu sein hätten“. Am gegenwärtigen Grundgesetz kritisiert die NPD zudem die „Menschenrechtstümelei“, d.h. die Verankerung von Grundrechten, die für alle in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Menschen gelten sollen. Schließlich hebt die NPD-Handreichung positiv GG-Artikel wie Art. 6 (besonderer Schutz der Familie), Art. 14 (Sozialverpflichtung des Eigentums) oder Art. 20 hervor, als deren Verteidigerin sich die NPD bezeichnet, da „die politische Klasse“ gegen „diese und viele andere Bestimmungen des GG – wie die Versammlungs- und Meinungsfreiheit oder das Verbot von Angriffskriegen“ verstoße.

Die NPD lehnt das Grundgesetz in der bestehenden Form ab – insbesondere, weil in ihm die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz fixiert ist und der Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Abstammung, Rasse, Sprache, Heimat und Herkunft, Glauben, religiöser oder politischer Anschauungen oder Behinderung eine Absage erteilt wird. Die NPD will das Grundgesetz und damit die Gültigkeit grundlegender und allgemeingültiger Menschenrechte (NPD-Ton „Menschenrechtstümelei“) abschaffen und an seine Stelle eine Verfassung setzen, in der der Pluralismus beschnitten würde, ganze Bevölkerungsgruppen entrechtet und ausgeschlossen sowie autoritäre Führerstrukturen etabliert würden. Schon heute fordert die NPD die Einführung der Todesstrafe, die durch Artikel 102 Grundgesetz abgeschafft ist.

Die positive Bezugnahme auf Familie und Ehe, von der die NPD spricht, ist de facto jedoch von dieser unter den Vorbehalt des Völkischen gestellt; aus dem Artikel 20 des Grundgesetzes leitet die NPD für sich ein ‚Widerstandsrecht‘ ab.

3.8 WARUM SPRICHT DIE NPD VON MITTELDEUTSCHLAND?

Unter der Bezeichnung „Mitteldeutschland“ versteht die NPD das Territorium der früheren DDR. Sie verwendet diesen Begriff, um zu verdeutlichen, dass Deutschland „historisch größer als die Bundesrepublik“ sei und die in Polen liegenden Städte Gdansk und Wroclaw als deutsche Städte zu betrachten seien. Einer „nationalen deutschen Regierung“ sei es aufgetragen, die polnische Regierung unter Druck zu setzen, um ein „Eingeständnis historischer Schuld“ durchzusetzen und den „Forderungen der Vertriebenen“ Geltung zu verschaffen, wozu auch ein Niederlassungsrecht und die Möglichkeit der „Rückkehr in ihre siebenhundertjährige Heimat östlich von Oder und Neiße“ gehörten.

Traditionell und vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges bezeichnete der Begriff „Mitteldeutschland“ die Territorien Sachsens, Thüringens, aber auch Frankens und Hessens, die landschaftlich durch das Mittelgebirge geprägt und sprachlich durch mitteldeutsche (im Gegensatz zu ober- und niederdeutsche) Dialekte und Mundarten gekennzeichnet waren. Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Teile von Sachsen-Anhalt gehören traditionell eindeutig zu Ostdeutschland („Ostelbien“).

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde der Begriff ‚Mitteldeutschland‘ zu einem Schlüsselbegriff in der politischen Programmatik der extremen Rechten und unterstreicht in der Verwendung durch die NPD den Anspruch auf Gebietsrevisionen zugunsten Deutschlands. Die NPD tritt für die Rückverschiebung der deutsch-polnischen Grenze und die Wiederherstellung der Grenzen Deutschlands von Ende 1937 ein. Dementsprechend sollen Schlesien, Ost-Pommern, Ost-Brandenburg und Ostpreußen wieder Teil des – neu zu schaffenden – „Reichs“ werden.

Die NPD behauptet, dass der Zweite Weltkrieg von Polen begonnen bzw. provoziert wurde. Tatsächlich war der Überfall der Wehrmacht Teil lange gehegter Pläne zur gewaltsamen Revision des Versailler Vertrages und Auftakt des militärisch gestützten Ziels, Deutschland in Europa die Vorherrschaft zu sichern. Um die Invasion Polens zu rechtfertigen, wurden mehrere Vorfälle inszeniert. Der bekannteste ist der vorgetäuschte Überfall auf den Sender Gleiwitz von verkleideten SS-Angehörigen am 31. August 1939. Über den Sender verbreiteten sie in polnischer Sprache die ‚Kriegserklärung Polens‘ gegen das Deutsche Reich.

Nach dem Sieg über Polen wurden nicht nur die nach dem Versailler Vertrag abgetretenen Gebiete, sondern darüber hinaus weite Bereiche Zentralpolens einschließlich der Stadt Łódź wieder in das Deutsche Reich eingegliedert. Der Rest des von deutschen Truppen besetzten Polens wurde deutsches Generalgouvernement;

die folgende Besatzung war von extremen Repressalien der Besatzer gegen die Zivilbevölkerung geprägt. Deportationen zur Zwangsarbeit waren nur die sichtbarste Ausprägung, insbesondere die polnischen Juden wurden Opfer der NS-Vernichtungspolitik. Der Verlust der früheren deutschen Ostgebiete ist Ergebnis des von den Nationalsozialisten angezettelten Zweiten Weltkrieges.

Die DDR erkannte im Görlitzer Grenzabkommen mit der Volksrepublik Polen (6. Juli 1950) die Oder-Neiße-Grenze als endgültige Staatsgrenze zwischen Deutschland und Polen an. Diese Sichtweise wurde von den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland nicht geteilt; erst seit 1970 erkannte die Bundesrepublik Deutschland mit dem Warschauer Vertrag faktisch die Zugehörigkeit dieser Gebiete zu Polen an. Mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag (Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland vom 15. März 1991) und dem Deutsch-Polnischen Grenzvertrag (16. Januar 1992) gab Deutschland völkerrechtlich verbindlich seinen Anspruch auf die deutschen Ostgebiete auf. Der Deutsch-Polnische Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit (16. Januar 1992) erkennt die Existenz einer deutschen Minderheit in Polen an.

Gegenüber den zur Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen eingeleiteten Maßnahmen – beispielsweise eine intensiviertere grenznahe Zusammenarbeit und die Arbeit der deutsch-polnischen Schulbuchkommission – bedeutet die NPD-Position eine Gefährdung des friedlichen Zusammenlebens der beiden europäischen Völker.

3.9 DIE NPD BETREIBT ANGSTMACHEREI UND SCHLÄGT KAPITAL AUS DER VERUNSICHERUNG DER MENSCHEN

In diesem Zusammenhang argumentiert die NPD, dass sie lediglich die „Ängste und Sorgen deutscher Menschen“ ernst nehme, die von anderen Parteien seit langem ignoriert würden. Weil die NPD als einzige Partei beispielsweise auf die Migrationsfolgen eines EU-Beitritts der Türkei „mit einem Wanderungspotenzial von zehn bis zwanzig Millionen Türken“ aufmerksam mache und die EU-Subventionszahlungen für ein EU-Mitglied Türkei benenne, würde die NPD wachsenden Zuspruch bekommen.

Ob hinsichtlich des EU-Beitritts der Türkei oder der EU-Osterweiterung – stets behauptet die NPD, millionenfache Migrationsbewegungen nach Deutschland seien die Folge. Die von ihr in diesem Zusammenhang gelegentlich genannten Zahlen stammen aus methodisch zum Teil unzuverlässigen Trendfortschreibungen und Hochrechnungen. Die Vorstellung, dass – bei einer aktuellen Bevölkerungszahl von

etwa 70 Mio. – „zehn bis zwanzig Millionen Türken“ nach Deutschland einwandern würden, ist nichts anderes als Angstmacherei.

Wenn die NPD zugleich Transferzahlungen attackiert, die auf die Reduzierung struktureller Entwicklungsrückstände, die Verringerung des Wohlfahrtsgefälles und damit auch eine Reduzierung der Migrationsbewegungen zielen, bleibt für die von der NPD geforderte „Abwehr der Migration“ nur der Einsatz von massiver Gewalt.

„Angst“ ist ein zentrales Motiv in der extremen Rechten. Ihre Ideologie ist auf vielfältige Weise durch Ängste und Drohszenarien geprägt: Angst vor der Vergangenheit, der man sich nicht zu stellen bereit ist, Angst vor der Gegenwart, deren politische Bewältigung man durch Opposition aus Prinzip nicht in Angriff nimmt, und Angst vor der Zukunft, vor dem gedanklichen Durchspielen von Utopien und alternativen Konzepten. Die Vorstellung eines voranschreitenden Kulturzerfalls und die Vision einer Katastrophe, wie sie in der extremen Rechten vorherrschen, werden als Kulturpessimismus bezeichnet. Typisch für die NPD ist es, diejenigen Themen aufzugreifen, die für viele Menschen mit berechtigten Sorgen oder irrationalen Ängsten verbunden sind, um so ihre eigentliche völkische Programmatik verbreiten zu können.

3.10 IST DIE NPD EINE ANTIDEMOKRATISCHE PARTEI?

Dieser Kritik begegnet die NPD zunächst mit dem Hinweis, dass sie antiliberal, aber nicht antidemokratisch sei. Dabei setzt die NPD den Liberalismus mit der „Herrschaft von Parteien und Interessengruppen“ gleich, „deren Bühne und Exekutionsorgan volksabgehobene Parlamente“ seien. Nach Ansicht der NPD werde der Staat zum „Schacher- und Kompromissobjekt“ der Parteien und Interessengruppen. Demgegenüber formuliert die NPD ihr Demokratieverständnis, bei dem in einem „plebiszitären Präsidialsystem (...) die deutsche Politik aus dem Würgegriff der Blockparteien und der eigensüchtigen Interessengruppen“ befreit würde. Als Grundlage eines solchen Demokratieverständnisses verweist die NPD-Handreichung auf Carl Schmitt, der von der „Identität von Regierten und Regierenden“ gesprochen habe. Schließlich behauptet die NPD noch, dass sie deshalb demokratisch sei, weil „Demokratie (...) immer an ein konkretes, homogenes Staatsvolk gebunden“ sei.

Die NPD unternimmt hier den Versuch, sich dadurch ein demokratisches Image zu geben, indem sie ein ganz spezifisches Verständnis von Demokratie propagiert. Die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland basiert auf einem

Grundrechtskatalog, einer plural verfassten Gesellschaft und einem repräsentativen, parlamentarischen Verfassungsstaat, in dem die politischen Parteien einen zentralen Platz einnehmen. Dieses Modell lehnt die NPD ab und versucht, aus vielfach empfundenen Legitimations- und Repräsentationsdefiziten der Verfassungswirklichkeit politischen Profit zu schlagen.

Das von der NPD propagierte Modell der ‚identitären Demokratie‘ führt in dreifacher Hinsicht zu einer Entdemokratisierung:

- ➔ Die Forderung, dass „Demokratie an ein konkretes, homogenes Staatsvolk“ gebunden sein müsse, bedeutet in der Konsequenz der völkischen Ideologie den Ausschluss aller Menschen mit Migrationshintergrund aus politischen Diskussions- und Entscheidungsprozessen. Hier soll eine umfassende Entrechtung an die Stelle allgemeingültiger Menschenrechte treten.
- ➔ Statt antiautoritärer Modelle direkter Demokratie (z.B. auf kommunaler Ebene) geht es der NPD um die Stärkung zentraler Strukturen und die Inthronisierung eines starken Staatspräsidenten, der auch den Kanzler ernennt.
- ➔ Mit der Vorstellung der „Identität zwischen Führern und Geführten“ und der Forderung, dass der Staat über den „Egoismen der Gruppen“ zu stehen habe, verliert der Grundwert der Pluralität der Interessen, die gesellschaftlich um Anerkennung ringen, an Bedeutung. Die Idee, alle Angehörigen eines ‚Volkes‘ hätten im Grundsatz dieselben Interessen, entspricht nicht der gesellschaftlichen Realität.

Der von der NPD angeführte Staatsrechtler Carl Schmitt trug zur Zerstörung der Weimarer Republik bei, begrüßte ab 1933 die Führerherrschaft Hitlers und legitimierte die Expansionspolitik der Nazis. Er ist in der Tat der geeignete Kronzeuge für die Beseitigung des parlamentarischen Verfassungsstaates und des Parteienpluralismus zugunsten eines autoritär geführten ‚Volksstaates‘.

3.11 DIE NPD REDET VON DER ‚VOLKSGEMEINSCHAFT‘ – DAVON HABEN BEREITS DIE NAZIS GESPROCHEN

An dieser Stelle argumentiert die NPD zunächst damit, dass etwas nicht deshalb automatisch schlecht sein müsse, weil es bereits bei den Nazis existiert hätte: „Die Forderung ‚Gemeinnutz geht vor Eigennutz‘ ist doch nicht falsch, nur weil sie von den Nationalsozialisten erhoben wurde.“ Diesen Grundgedanken überträgt die NPD dann auf die „Idee einer solidarischen Volksgemeinschaft“, deren Erfindung zudem wesentlich älter als der Nationalsozialismus sei. In diesem Kontext wird von der NPD auf den Soziologen Ferdinand Tönnies und dessen

Werk „Gemeinschaft und Gesellschaft“ verwiesen, der „gewachsene Einheiten mit hoher emotionaler Bindekraft und Loyalitätsempfindung wie Familie und Volk („Gemeinschaft“)“ von „politisch-ökonomischen Zweckverbindungen wie Parteien und Verbände („Gesellschaft“)“ geschieden hätte. Die Quintessenz der NPD-Position lautet: „Die Volksgemeinschaftsidee ist also vor-nationalsozialistischen Ursprungs und von zeitloser Gültigkeit.“

Mit der Verwendung der Formel ‚Gemeinnutz geht vor Eigennutz‘ versucht die NPD, an eine gesellschaftlich weit verbreitete Kritik an rücksichtslosem, nur auf den eigenen Vorteil ausgerichteten Handeln anzuknüpfen. Die Forderung ‚Gemeinnutz geht vor Eigennutz‘ fand sich bereits auf dem ersten Flugblatt der NSDAP (Anfang 1920) und kurze Zeit später im Parteiprogramm der NSDAP, dort als Konzept der ‚Volksgemeinschaft‘ bereits eng verbunden mit antisemitischer Hetze. Für die NS-Diktatur gehörten zur Herstellung der ‚Volksgemeinschaft‘ auch die Ausgrenzung und Ausschaltung aller, die als ‚volksfremd‘ definiert wurden: Ohne die Idee der Volksgemeinschaft kein Massenmord an den europäischen Juden. Für die NPD macht dies die von der NSDAP erhobene Forderung ‚Gemeinnutz geht vor Eigennutz‘ nicht falsch.

NPD und NSDAP stellen eine enge Verbindung der Formel ‚Gemeinnutz geht vor Eigennutz‘ zur Idee der ‚Volksgemeinschaft‘ her; in beiden wird die Vorstellung propagiert, dass das Individuum mit seinen Lebenswürfen bedeutungslos sei und hinter dem zurückzustehen habe, was als ‚Wohl des ganzen Volkes‘ ausgegeben wird. Das Bekenntnis zur völkischen ‚Glaubens- und Kampfgemeinschaft‘ ist von zentraler Bedeutung und führt notwendig zur Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen, wie sie die NPD auch fordert.

Tatsächlich ist die Idee der ‚Volksgemeinschaft‘ nicht von den Nazis erfunden worden; schon um 1900 fand sie in verschiedenen völkischen Bewegungen als Gegenbild zur modernen, von Konflikten und sozialen Gegensätzen geprägten Gesellschaft Verwendung. Ihr antidemokratischer Gehalt äußerte sich im Antipluralismus, in der Vorstellung organischer ‚Vollkörper‘ und der Ausgrenzung gesellschaftlicher Minderheiten. Die Nazis radikalisierten diese Grundstruktur und konnten sich schließlich des staatlichen (Gewalt)Apparates bedienen, um die Idee der ‚Volksgemeinschaft‘ mit materiellen Anreizen und brutaler Gewalt voranzutreiben.

Im Rahmen ihrer Argumentation führt die NPD den Soziologen Ferdinand Tönnies mit seiner Unterscheidung von ‚Gesellschaft‘ und ‚Gemeinschaft‘ als Kronzeugen an. Tönnies, zeitweise aktiver Parteigänger der Arbeiterbewegung und Mitglied der SPD, hatte seit Ende der 1920er-Jahre in Kiel vor der NSDAP gewarnt; 1933 zwangen ihn die Nazis unter Verzicht auf seine Pensionsansprüche dazu, seine universitäre Tätigkeit aufzugeben. Die NPD kann sich seiner Unterscheidung nur bedienen, indem sie unterschlägt, dass Tönnies für die Entwicklung der modernen

Gesellschaft zwar eine Stärkung von Gemeinschaft empfohlen hat, diese aber nicht im Völkischen sah, sondern in selbst organisierten Arbeits- und Sozialformen der Arbeiter.

3.12 WAS MEINT DIE NPD, WENN SIE VON ‚REICH‘ REDET?

Hier führt die NPD zunächst an, dass es bei der Wiederherstellung des Reiches nicht an eine „Wiederherstellung des Dritten Reiches“ gedacht sei, sondern an die „Wiederherstellung deutscher Staatlichkeit und nationaler Selbstbestimmung in Gestalt des Deutschen Reiches“. Dieses existiere fort, auch wenn es seit der Verhaftung der Regierung Dönitz am 23. Mai 1945 nicht mehr souverän und handlungsfähig sei. Die „Wiederherstellung der vollen Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches“ wird von der NPD als Ziel ausgegeben.

In ihrer Argumentation zum Thema ‚Reich‘ bleibt die NPD sehr vage. Während das Thema von ihr in der breiteren Öffentlichkeit kaum propagiert wird, ist es in den vergangenen Jahren innerhalb der NPD breit diskutiert worden. Hinter der Formulierung, man strebe die „Wiederherstellung deutscher Staatlichkeit und nationaler Selbstbestimmung in Gestalt des Deutschen Reiches“ an, verbergen sich sowohl Vorstellungen eines ‚großdeutschen Reiches‘, welches territorial weit über das gegenwärtige Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hinausreicht und damit die gegenwärtige Friedensordnung in Mitteleuropa gefährdet, als auch die Beseitigung der gegenwärtigen parlamentarischen Demokratie mit ihrem Grundrechtskatalog. Entsprechend bekannte man sich in der NPD-Parteizeitung dazu, dass die zur Errichtung des ‚Reiches‘ notwendige Beseitigung der gegenwärtigen politischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland – ein „Anti-Reich“ in der Sprache der NPD – mit dem Grundgesetz unvereinbar ist (Deutsche Stimme 2/2000, S. 14). Zur inneren Struktur eines solchen ‚Reiches‘ würden eine extreme Zentralisierung staatlicher Strukturen und Entscheidungsabläufe um ein mit großen Vollmachten ausgestattetes Staatsoberhaupt (Führerprinzip) gehören; individuelle Grundrechte stünden unter dem Vorbehalt der diskriminierenden Selektion nach völkischen Kriterien.

Zur „Wiederherstellung der vollen Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches“, für die die NPD eintritt, würde beispielsweise die Rehabilitierung der als Kriegsverbrecher verurteilten Nazis gehören. Mit der Idee des ‚Reiches‘ verbindet die NPD jedoch auch das Ziel, dass Deutschland in Europa wieder als ‚Ordnungsmacht‘ auftritt. Wo die NPD heute gegen die Beteiligung der Bundeswehr an angeblich von

den USA aufgezwungenen Kriegen wettet, würde sie für „deutsche Interessen“ morgen selbst Soldaten entsenden.

3.13 WARUM BEKENNT SICH DIE NPD ZUR WEHRMACHT UND ZUR WAFFEN-SS?

In ihrer Antwortvorgabe bezeichnet die NPD die Wehrmacht als „Armee des damaligen Deutschland“, in der „unsere Väter und Großväter“ gedient hätten, weil sie entweder zum Dienst eingezogen wurden oder der Überzeugung gewesen seien, „ihre Heimat verteidigen zu müssen“. Hinsichtlich der Waffen-SS wird behauptet, diese habe mit den Totenkopfverbänden in den KZ nichts zu tun gehabt, sondern sei eine „Elite-Formation“ gewesen, deren „Tapferkeit und Ritterlichkeit“ auch beim Kriegsgegner betont wurden. Zudem verweist die NPD in entlastender Absicht darauf, dass der frühere Bundeskanzler Helmut Kohl gemeinsam mit dem damaligen US-Präsidenten Ronald Reagan in Bitburg auf dem Soldatenfriedhof der Gefallenen der Waffen-SS gedacht habe.

Die Argumentation der NPD zu Wehrmacht und Waffen-SS verharmlost die Bedeutung der beiden Organisationen für die rasseimperialistischen Kriege und die NS-Verbrechen erheblich. Führende Generäle hatten seit Mitte der 1920er-Jahre Pläne zum Überfall auf die Sowjetunion entworfen; bei den militärischen Überfällen auf andere Länder ging es dem NS-Regime nicht um die „Verteidigung der Heimat“, sondern um die Erbeutung von Gütern, die Kontrolle von Rohstoffen, die Eroberung eines Kolonialreiches im Osten (der sogenannte „Lebensraum“) und die Ausrottung bzw. Versklavung großer Teile der Bevölkerung in Polen und der Sowjetunion. Diese Angriffskriege waren als solche bereits Verbrechen. In zahlreichen Studien ist inzwischen zudem die Beteiligung von Wehrmachtseinheiten und Waffen-SS-Verbänden an Verbrechen im Krieg nachgewiesen worden. Schließlich konnten die Nazis ihre Vernichtungspolitik an Juden, Sinti und Roma und anderen Bevölkerungsgruppen umso länger fortsetzen, je länger die Fronten gehalten wurden.

Die Waffen-SS geht auf verschiedene bewaffnete Verbände der SS zurück, darunter insbesondere die Totenkopf-Verbände, die zur Bewachung der Konzentrationslager eingerichtet wurden, aber auch auf die SS-Leibstandarte Adolf Hitler, die neben anderen Verbrechen für die Morde an Ernst Röhm und weiteren SA-Führern im Juni 1934 verantwortlich ist. Auch die Einsatzgruppen des Reichsführers SS, die für den Massenmord an Juden und anderen Verfolgten in Polen, der Sowjetunion usw. verantwortlich sind, galten als Teil der Waffen-SS. Ein weiteres Charakteristikum

der Waffen-SS bestand darin, dass sie als ‚Elitetruppe‘ der Nazis aus Freiwilligen bestand, die von der NS-Weltanschauung und dem rassistischen Überlegenheitsdünkel der Nazis besonders überzeugt waren. Sie kämpften besonders entschlossen, weil sie mit dem Untergang des NS-Regimes besonders viel zu verlieren hatten. Die KZ-Wachmannschaften der SS und die Kampfverbände waren nicht streng getrennt, das Personal rotierte. Die SS selbst war eine Gliederung der NSDAP; als sie 1946 in Nürnberg zur verbrecherischen Organisation erklärt wurde, umfasste diese zutreffende Charakterisierung auch die Verbände und Formationen der Waffen-SS.

Das Totengedenken, zu dem sich der frühere Bundeskanzler Helmut Kohl am 5. Mai 1985 gemeinsam mit dem damaligen US-Präsidenten Ronald Reagan in Bitburg auf dem Soldatenfriedhof traf, hatte das offizielle Ziel, eine Versöhnungsgeste zwischen den damaligen Kriegsgegnern zu sein. Die NPD polemisiert jedoch weiterhin gegen die USA, weil diese mit ihrem Einsatz im Zweiten Weltkrieg maßgeblich dazu beigetragen hat, Europa vom Faschismus zu befreien. Unter den namentlich genannten Toten auf dem Friedhof befinden sich 43 Soldaten, die eindeutig der Waffen-SS zugeordnet werden können; gegen das Bitburger Gedenken gab es vielfältige Kritik: So forderte das US-Repräsentantenhaus Ronald Reagan am 1. Mai 1985 mit einer breiten Mehrheit von 390 zu 26 Stimmen auf, wegen der dort ruhenden ehemaligen Waffen-SS-Mitglieder den Besuch in Bitburg nicht vorzunehmen. Die NPD verschweigt in ihrem Versuch der Vereinnahmung der Bitburger Veranstaltung freilich, dass Reagan auch dem ehemaligen Konzentrationslager Bergen-Belsen einen Besuch abstattete. Zudem stellen die Darstellungen von Wehrmacht und Waffen-SS in ihren Veröffentlichungen kein mahnendes Gedenken an die Schrecken des Krieges dar, sondern bestehen in einer Verherrlichung der ‚soldatischen Leistungen‘ und der Europa-Ideologie der Waffen-SS, die freilich von den begangenen Verbrechen nicht zu trennen ist.

3.14 HOLOCAUST, KRIEGSSCHULDFRAGE 1939 UND DER NATIONALSOZIALISMUS

In den in der NPD-Handreichung formulierten Antwortvorgaben wird zunächst gemahnt, zu diesen Thesen möglichst wenig zu sagen. In zwei Antwortvarianten wird damit argumentiert, dass Adolf Hitler tot und die NSDAP aufgelöst sei – beides also Themen der Vergangenheit seien. Demgegenüber komme es darauf an, sich mit den aktuellen gesellschaftlichen Problemen („Hartz IV, Globalisierung und Verausländerung“) zu beschäftigen. Die fortgesetzte Thematisierung Hitlers werde von Medienvertretern und Politikern betrieben, damit „die Deutschen (...) nicht zur Normalität gelangen und durch eine krankhafte Vergangenheitsbewältigung von der Vertretung ihrer nationalen Interessen abgehalten“ würden. Durch Fettdruck hervorgehoben verweist die

NPD-Handreichung abschließend darauf, dass sich mit der Verschärfung des Volksverhetzungsparagrafen derjenige strafbar mache, der die Gewalt- und Willkürherrschaft der Nazis billigt, verherrlicht oder rechtfertigt. Mit dem Verweis auf diese Gesetzesregelung solle – so die NPD – in Diskussionen auf die „eklatante Einschränkung der Meinungsfreiheit“ hingewiesen werden, um dann nicht weiter zu diesem Thema Antwort geben zu müssen („sich die leidige Geschichtsdebatte zum Dritten Reich sparen“).

Tatsächlich hat mit dem Wechsel des NPD-Parteivorsitzes von Günter Deckert zu Udo Voigt auch ein Wechsel der Themen stattgefunden, auf die die NPD ihre Öffentlichkeitsarbeit konzentriert. Allerdings hatte der Wechsel seinen Grund keineswegs darin, dass Deckert wiederholt den Holocaust gelehnet hatte und aus diesem Grunde verurteilt worden war. Statt der Relativierung oder gar Leugnung des Holocaust werden seit einigen Jahren insbesondere in Wahlkämpfen soziale Problemlagen und sozial- bzw. wirtschaftspolitische Entscheidungen (Arbeitslosigkeit; Hartz IV; Privatisierung von öffentlichen Unternehmen) in den Mittelpunkt der NPD-Agitation gestellt.

Dass die NPD-Handreichung empfiehlt, den Themen „Vernichtung des europäischen Judentums“ und „Entfesselung des Zweiten Weltkrieges“ in öffentlichen Diskussionen aus dem Weg zu gehen, hat insbesondere drei Gründe. Erstens ist man sich bewusst, dass bei diesen Themen mit einer schlichten Leugnung oder deutlichen Relativierung wenig Stimmen zu holen sind; zweitens sieht man die Gefahr, tatsächlich stark als „Ewiggestrige“ erkannt und beurteilt zu werden. Und drittens hilft eine Vermeidung dieses Themas sicherlich auch, die Zahl der Anklagen und Verurteilungen von NPD-Aktivisten wegen Verstoß gegen § 130 Absatz 3 Strafgesetzbuch (bis zu fünf Jahre Haft für das öffentliche Leugnen des Holocaust) gering zu halten.

Zugleich gibt es in den Publikationen und Pressemitteilungen zahlreiche Beispiele, in denen sich die NPD mit dem Anliegen verurteilter Holocaust-Leugner solidarisiert oder diese – wie im Falle des iranischen Ministerpräsidenten Ahmadinedschad – wegen ihrer entsprechenden Äußerungen rühmt. Der *Deutsche Stimme*-Verlag hat unzählige Publikationen im Angebot, in denen die Jahrhundertverbrechen der Nazis relativiert und die angeblich positiven Seiten der NS-Diktatur herausgestellt werden.

Vom Tod Hitlers und der Auflösung der NSDAP zu sprechen, dient der NPD ebenfalls dazu, das Thema in Diskussionen nicht vertiefen zu müssen. Es ist in diesem Kontext allerdings wichtig daran zu erinnern, dass die NSDAP durch alliierte Verfügung verboten und für aufgelöst erklärt wurde; eben diese Verfügungen der Alliierten erkennt die NPD nach eigenen Aussagen nicht an. Der Verweis auf den Tod Hitlers hat zudem mit einer Distanzierung von ihm und den von ihm mit zu ver-

antwortenden Verbrechen nichts zu tun; zahlreiche andere hochrangige Funktionäre des Nazi-Regimes erfahren seitens der NPD explizit positive Würdigungen, so etwa Karl Dönitz, Nachfolger Hitlers als Reichspräsident. Auch Hitler selbst fand positive Würdigung durch den NPD-Parteichef Udo Voigt: „Zweifelloso handelt es sich bei Hitler um einen großen deutschen Staatsmann“ (Interview mit der „Jungen Freiheit“ vom 24.09.2004).

Zur NPD-Handreichung gehört auch die Argumentationsfigur, die Erinnerung an die und die Auseinandersetzung mit den von Deutschen begangenen Verbrechen sei „krankhaft“ und stehe einer „Normalisierung“ im Wege. Hierzu ist zunächst daran zu erinnern, dass es selbstverständlich nicht darum geht, denjenigen, die später geboren wurden, Schuld an der Vergangenheit zuzuweisen oder ein schlechtes Gewissen zu machen. Sie sind für die Verbrechen ihrer Eltern, Großeltern oder Urgroßeltern nicht verantwortlich. Allerdings sind die Nazi-Verbrechen Teil der deutschen Geschichte, deren Auswirkungen noch heute vielfach spürbar sind. Es ist die Verantwortung geblieben, dass so etwas nicht wieder passieren kann. Hierzu ist eine Beschäftigung mit der Geschichte, den Ursachen der Verbrechen und den Tätern ebenso notwendig wie die Erinnerung an die Opfer. Die NPD versteht unter ‚Normalisierung‘ hingegen, über die Verbrechen des NS-Regimes zu schweigen – die deutsche Vergangenheit ist jedoch nicht ‚normal‘.

Schließlich versucht die NPD die Tatsache, dass die Leugnung des Holocaust und andere nazistische Hetze unter Strafe gestellt sind, als Angriff auf die Meinungsfreiheit zu denunzieren. Sie fordert die Abschaffung des § 130 StGB; dann würden sogar Parolen wie „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“ wieder straffrei geäußert werden können.

LITERATURHINWEISE

- Backes, Uwe / Steglich, Henrik (Hg.) (2007): *Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Beier, Katharina / Bogitzky, Jenna / Buchstein, Hubertus / Feike, Katharina / Fischer, Benjamin / Freyber, Pierre / Strüwing, Mathias & Wiedemann, Tim (2006): *Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns*. Greifswald.
- Bott, Hermann (1969): *Die Volksfeind-Ideologie. Zur Kritik rechtsradikaler Propaganda*. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.
- Brodkorb, Mathias / Schlotmann, Volker (Hg.) (2008): *Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern*. Schwerin: Landtagsfraktion der SPD.
- Brandstetter, Marc (2006): *Die NPD im 21. Jahrhundert. Eine Analyse ihrer aktuellen Situation, ihrer Erfolgsbedingungen und Aussichten*. Marburg: Tectum.
- Bündnis 90 / Die Grünen. Fraktion im sächsischen Landtag (Hg.) (2006): *Die NPD-Fraktion im sächsischen Landtag. Strategie und Ideologie*. Dresden.
- Decker, Oliver / Brähler, Elmar / Geißler, Norman (2006): *Vom Rand zur Mitte – Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Ehlich, Konrad (Hg.) (1989): *Sprache im Faschismus*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Flemming, Lars (2005): *Das NPD-Verbotsverfahren. Vom „Aufstand der Anständigen“ zum „Aufstand der Unfähigen“*. Baden-Baden: Nomos.
- Hoffmann, Uwe (1999): *Die NPD. Entwicklung, Ideologie und Struktur*. Frankfurt u.a.: Peter Lang.
- Kailitz, Steffen (2007): *Das nationalsozialistische Vertreibungs- und Nationalisierungsprojekt der NPD*, in: Politische Studien 58, Themenheft 1/2007: Extremismus in Deutschland – Schwerpunkte, Perspektiven, Vergleich, S. 44-53.
- Klärner, Andreas / Kohlstruck, Michael (2006): *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Kühnl, Reinhard / Rilling, Rainer / Sager, Christine (1969): *Die NPD. Struktur, Ideologie und Funktion einer neofaschistischen Partei*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Niethammer, Lutz (1969): *Angepaßter Faschismus. Politische Praxis der NPD*. Frankfurt/Main.

- Pörksen, Bernhard (2000): *Die Konstruktion von Feindbildern. Zum Sprachgebrauch in neonazistischen Medien*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- RAA Brandenburg (Hg.) (2008): *10 Jahre Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie*. Potsdam: Eigenverlag.
- Röpke, Andrea / Speit, Andreas (Hg.) (2004): *Braune Kameradschaften. Die neuen Netzwerke der militanten Neonazis*. Berlin.
- Schmitz-Berning, Cornelia (2000): *Vokabular des Nationalsozialismus*. Berlin & New York: de Gruyter.
- Schoeps, Julius H. / Botsch, Gideon / Kopke, Christoph / Rensmann, Lars (Hg.) (2007): *Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention*. Berlin: Verlag für Berlin-Brandenburg.
- Speit, Andreas (2006): *Mythos Kameradschaft. Gruppeninterne Gewalt im neonazistischen Spektrum*. Braunschweig: ARUG.
- Staud, Toralf (2005): *Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Steglich, Hendrik (2005): *Die NPD in Sachsen. Organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolgs 2004*. Göttingen.
- Virchow, Fabian (2006): *Gegen den Zivilismus. Internationale Beziehungen und Militär in den politischen Konzeptionen der extremen Rechten*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Virchow, Fabian (2007): Die extreme Rechte als globalisierungskritische Bewegung? In: Niederbacher, Arne & Bemberburg, Ivonne (Hg.): *Die Globalisierung und ihre Kritik(er)*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 215–232.
- Virchow, Fabian / Dornbusch, Christian (Hg.) (2008): *88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können*. Schwalbach / Taunus: Wochenschau-Verlag.
- Wagner, Wolf (2008): *Die Rechtsextremen sagen...* Erfurt: Landeszentrale für politische Bildung.

ARGUMENTATIONSHILFEN UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

- Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit (Hg.) (2008): *Was Demokraten gegen Rechtsextreme tun können. Handreichungen zum Handeln*. Potsdam: Eigenverlag
- Arbeitsstelle Neonazismus und Argumente und Kultur gegen Rechts e.V. (2005): *Argumentationshilfe gegen die ‚Schulhof-CD‘ der NPD. Eine Handreichung*. Download unter: <http://www.arbeitsstelle-neonazismus.de>

- Arbeitsstelle Neonazismus und Argumente und Kultur gegen Rechts e.V.
(2005): *Argumentationshilfe gegen die Neuauflage der ‚Schulhof-CD‘ der NPD*.
Download unter: <http://www.arbeitsstelle-neonazismus.de>
- Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (Hg.) (2008):
*Hinsehen – Wahrnehmen – Ansprechen. Handreichung für Gemeinden zum
Umgang mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit*.
Berlin: Eigenverlag.
- Kulick, Holger (Hg., in Kooperation mit AMADEU ANTONIO
STIFTUNG u.a.) (2008): *Mut-ABC für Zivilcourage. Ein Handbuch gegen
Rechtsextremismus*. Leipzig: Edition Hamouda.
- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR) et al. (2006):
*Wir haben die Wahl! Empfehlungen zum Umgang mit rechtsextremen
Organisationen im Wahlkampf*. Download unter <http://www.mbr-berlin.de/Materialien/94.html>
- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR) / Kulturbüro
Sachsen e.V. / Netzwerk Demokratie und Courage Sachsen (2005):
*Umgang mit rechtsextremen Besucher/-innen bei öffentlichen und nichtöf-
fentlichen Veranstaltungen*. Download unter [http://www.mbr-berlin.de/
Materialien/77.html](http://www.mbr-berlin.de/Materialien/77.html)

AUSWAHL WICHTIGER INTERNETSEITEN

www.brandenburg.de

Das offizielle Webportal des Landes Brandenburg

www.tolerantes.brandenburg.de

Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“

www.landespraeventionsrat.brandenburg.de

Der Landespräventionsrat fördert und koordiniert Kriminalprävention als wichtige, gesamtgesellschaftliche Aufgabe

www.mi.brandenburg.de

Ministerium des Innern des Landes Brandenburg

www.mdj.brandenburg.de

Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg

www.mbjs.brandenburg.de

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

www.internetwache.brandenburg.de

Die Website der Polizei in Brandenburg

www.verfassungsschutz-brandenburg.de
Abteilung Verfassungsschutz im Ministerium des Innern Brandenburg

www.verfassungsschutz.de
Bundesamt für Verfassungsschutz

www.jugendschutz.net
Die Jugendschutzeinrichtung der Bundesländer mit Informationen zum Jugendschutz im Internet

www.bundespruefstelle.de
Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien

www.wahlen.brandenburg.de
Seite des Landeswahlleiters. Dort lassen sich u.a. die Wahlergebnisse vorangegangener Wahlen einsehen

www.mmz-potsdam.de
Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien, Universität Potsdam

www.lisum.de
Landesinstitut für Schule und Medien Berlin und Brandenburg

www.politische-bildung-brandenburg.de
Landeszentrale für politische Bildung Brandenburg

www.politische-bildung-brandenburg.de/extrem/index.htm
Themenseiten zum Rechtsextremismus der Landeszentrale für politische Bildung Brandenburg

www.bpb.de
Bundeszentrale für politische Bildung

www.bpb.de/themen/R2IRZM,0,Rechtsextremismus.html
Themenseiten zum Rechtsextremismus der Bundeszentrale für politische Bildung

www.raa-brandenburg.de
Regionale Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule

www.stiftung-bg.de
Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten (Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen, Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, Museum des Todesmarsches Below; Dokumentationsstelle Zuchthaus Brandenburg)

www.gemeinwesenberatung-demos.de

Das Brandenburgische Institut für Gemeinwesenberatung unterstützt Demokratie geleitetes Bürgerengagement in allen gesellschaftlichen Bereichen Brandenburgs

www.aktionsbuenndnis.brandenburg.de

Das Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit hat sich als ein gesellschaftliches Bündnis landesweit tätiger Verbände und Organisationen mit unterschiedlichen weltanschaulichen Ansätzen, gesellschaftlichen Konzepten und Verbandszielen zusammengeschlossen, um gemeinsam gegen die Ausbreitung von Fremdenfeindlichkeit zu wirken

www.opferperspektive.de

Rat und Hilfe für Opfer rassistischer und rechtsextremer Gewalt

www.turnitdown.de

Turn it Down! ist eine Kommunikationsplattform mit Informationen gegen Rechtsrock, für Musik und Kultur.

www.agrexive.de

Arbeitsgruppe „Rechtsextremismus“ im Landesbezirk Berlin-Brandenburg der Gewerkschaft ver.di

www.apabiz.de

Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum e.V.

www.aspberlin.de

Die Agentur für soziale Perspektiven - ASP e.V. unterstützt jungendliches Engagement gegen rechte Jugendkulturen

www.dasversteckspiel.de

Informations- und Bildungsmaterialien über Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen

www.netz-gegen-nazis.com

Internetportal von DIE ZEIT u.a.

Die Herausgeber machen darauf aufmerksam, dass für die Websites, auf die hier verwiesen werden, allein die jeweiligen Anbieter die Verantwortung tragen. Die Herausgeber sind für den Inhalt solcher Sites Dritter nicht verantwortlich und übernehmen keinerlei Gewähr für die dortigen Angaben.

ZUM WEITERLESEN ...



„Der Sammelband stellt einen Komplettabriss des Themas dar: Angefangen bei der grundlegenden Definition, Beschreibungen von rechtsextremen Organisationen, Milieus, Aktionen und Symbolen bis zur Auseinandersetzung mit Gewalt und Anregungen zum Umgang mit der NPD ist so ein facettenreiches Werk entstanden, das zum Nachschlagen und Nachlesen einlädt.“

blick nach rechts, Oktober 2007

Julius H. Schoeps / Gideon Botsch / Christoph Kopke / Lars Rensmann (Hg.):

Rechtsextremismus in Brandenburg.

Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention.

2007, 456 S., Hardcover, Format: 15,5 x 23,0 cm

19,80 Euro / 35,20 sFr

ISBN 978-3-86650-640-4

Bezug über jede Buchhandlung oder direkt bei:

Verlag für Berlin-Brandenburg GmbH

Simone Ahrberg-Joung

Stresemannstraße 30

10963 Berlin

Tel. 030 / 88 46 89 29

ahrberg@verlagberlinbrandenburg.de

RAA Brandenburg (Hrsg.)
In Kooperation mit der Koordinierungsstelle des
Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“



**10 Jahre Tolerantes Brandenburg –
für eine starke und lebendige
Demokratie**

 **TOLERANTES
BRANDENBURG**

RAA Brandenburg (Hg.) in Kooperation mit der
Koordinierungsstelle des Handlungskonzepts
„Tolerantes Brandenburg“:

10 Jahre Tolerantes Brandenburg – für eine starke
und lebendige Demokratie.

Broschüre mit Texten, Interviews und Bildern.

Kostenloser Bezug über:

Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“
der Landesregierung im Ministerium für Bildung,
Jugend und Sport

Heinrich-Mann-Allee 107

14473 Potsdam

sandra.engels@mbjs.brandenburg.de

Potsdam, 2008

Moses Mendelssohn Zentrum
für europäisch-jüdische Studien Potsdam
Forschungsschwerpunkt Antisemitismus-
und Rechtsextremismus-Forschung
Am Neuen Markt 8
14467 Potsdam

Text:
Dr. Fabian Virchow

Redaktionelle Bearbeitung:
Dr. Gideon Botsch / Christoph Kopke

Satz und Druckvorbereitung:
Ralph Gabriel, Wien

Druck:
Hinkelstein Druck soz. GmbH, Berlin
www.hinkelstein-druck.de

Die Broschüre wurde gefördert
durch das Tolerante Brandenburg

Im Frühsommer 2006 hat das „Amt für Öffentlichkeitsarbeit“ beim Parteivorstand der NPD eine Handreichung für seine Kandidaten und Funktionsträger herausgegeben. Diese soll – so schreibt der NPD-Parteivorsitzende Udo Voigt im Vorwort – „Anregungen geben, auf politische Vorhaltungen des Gegners richtig zu reagieren“.

Die NPD-Handreichung ist Teil des Versuchs der rechtsextremen Partei, sich mit ihrer Politik *offensiv* in den gesellschaftlichen und politischen Diskurs einzubringen. Entsprechend ruft der NPD-Parteivorsitzende dazu auf: „Besuchen wir daher im Sinne der Wortergreifungsstrategie die Veranstaltungen des politischen Gegners. (...) sobald er eine öffentliche Veranstaltung macht, müssen Nationaldemokraten vor Ort sein.“

Im Spektrum der politischen Aktionsformen hat das Konzept der ‚Wortergreifung‘ mit dem gewachsenen Selbstbewusstsein der NPD an Bedeutung gewonnen. Unter diesem Konzept ist das Aufsuchen von öffentlichen (Wahlkampf)Veranstaltungen demokratischer Parteien oder Organisationen und eine aktive Beteiligung an ihnen durch Wortmeldungen zu verstehen.

Die Taktik der ‚Wortergreifung‘ soll es den NPD-Aktivisten ermöglichen, im Rahmen von Veranstaltungen demokratischer Akteure die Themen und Diskussionsverläufe vorzugeben; eine Widerlegung der Sichtweisen und Argumentationsfiguren ist dabei häufig nur mit erheblichem zeitlichen Aufwand möglich, da zunächst die nicht sichtbar gemachten Vorannahmen verdeutlicht und kritisiert werden müssten. Erwiderungen der Vertreter und Vertreterinnen demokratischer Parteien und Organisationen auf ‚Wortergreifungen‘ durch NPD‘ler sollten nicht darauf zielen, die eigene demokratische Dialogfähigkeit unter Beweis zu stellen oder die beteiligten NPD-Vertreter von der Widersinnigkeit und ethischen Verwerflichkeit ihrer Ansichten zu überzeugen. Solche Bemühungen sind in der Regel unwirksam. Das Auftreten und die Beteiligung von Neonazis an Diskussionen in öffentlichen Versammlungen von demokratischen Organisationen führen jedoch gelegentlich zur Verunsicherung im Publikum. Diesem muss die Aufmerksamkeit gelten, indem

- der Standpunkt der extrem rechten Redner eindeutig zurückgewiesen wird;
- dem extrem rechten Redner spätestens bei Beleidigungen die Tür gewiesen wird;
- in der gebotenen Kürze die Sichtweise der NPD widerlegt wird;
- die Veranstaltung in einer Weise (fort)geführt wird, dass sich demokratische Teilnehmerinnen und Teilnehmer von den Vertretern der NPD nicht eingeschüchtert fühlen.

Die vom NPD-Parteivorstand autorisierte Schrift zeigt an zahlreichen Stellen deutlich den rechtsextremen Charakter der NPD; daher steht in dieser Entgegnung weniger eine entsprechende Beweisführung im Vordergrund als vielmehr eine Aufklärung über die Struktur der NPD-Argumentation und die in ihr bereits vorausgesetzten Annahmen. Aufgrund der zahlreichen Wiederholungen, die in dem Text der NPD enthalten sind, schien es nicht sinnvoll, den jeweiligen Textvorgaben der NPD auch jeweils eine Erwiderung zuzuordnen. Gleichwohl sind die zentralen Grundannahmen, Themen – aber auch manche Auslassung der NPD – aufgenommen und durch Fakten und Argumentationen aus demokratischer Perspektive in Frage gestellt.

Die hier vorliegende Argumentationshilfe soll dazu beitragen, sich der NPD-Diskursstrategie entgegenzustellen. Sie ist bewusst überschaubar gehalten, um eine rasche Orientierung zu ermöglichen. Sie ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für das Zurückdrängen der NPD und extrem rechter Einstellungen; zur weiteren Vertiefung und aktiven Aneignung bietet das Heft Literaturhinweise an und verweist auf Internetseiten mit weiterführenden Informationen.